Nr. 206 / Einzelpreis 10 Pfennig — Heute Sportbeilage. — Halle (Saale), den 7. September 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Sprechst. Redaktionsverkehrsstunden mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2.— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Zusendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis: 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44, Fernruf 4005. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Die Paktverhandlungen.

Die Londoner Juristenkonferenz beendet. / Einladung an Stresemann?

Ministerkonferenz in Lausanne.

Genf, 6. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Außenminister der alliierten Regierungen haben grundsätzlich beschlossen, Herrn Stresemann Ende September offiziell zu einer Konferenz einzuladen. Dieser Entschluß wurde durch die günstigen Berichte über den Verlauf der Londoner Juristenkonferenz herbeigeführt. Hurst, Collin und Fromageot werden Montag zur Berichterstattung in Genf erwartet. Der Text der Einladung an Stresemann wird in Zusammenarbeit mit den Juristen festgesetzt werden. Die Note wird wahrscheinlich am Dienstag schon nach Berlin abgehen. Die „Tribuna" meldet aus Genf, daß Painleve und Briand den Wunsch geäußert hätten, mit Mussolini bei der bevorstehenden Ministerkonferenz zusammenzutreffen. In den Kreisen des Völkerbundrates wurde gleichfalls der Wunsch Painlevés viel erörtert, wenn möglich auch mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Luther die schwebenden Probleme besprechen zu können.

Die französische und englische Regierung haben bei der Regierung des Kantons Lausanne angefragt, ob dort die technischen Voraussetzungen für die Abhaltung einer diplomatischen Konferenz gegeben seien. Die Antwort lautete bejahend.

•

Die am Freitagabend beendete Londoner Besprechung zwischen den Rechtsberatern der Auswärtigen Ämter Frankreichs, Englands, Deutschlands, Belgiens und Italiens war eine notwendige Etappe auf dem Wege zum Abschluß des Sicherheitspaktes. Denn durch das geplante Sicherheitsabkommen wurde eine ganze Reihe von Fragen des internationalen Rechtes aufgeworfen, die so kompliziert sind, daß sie nur durch Spezialisten des Völkerrechts geklärt werden könnten. Das galt insbesondere für die verschiedenen Garantiesysteme, die von den einzelnen Kanzleien ausgearbeitet wurden je nach den Wünschen der einzelnen Mächte. Das Bestreben Frankreichs ging bekanntlich dahin, auch im Falle des Abschlusses eines Garantiepaktes im Westen sowie besondere Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn, seine bisherige Rolle als Schutzpatron Polens und der Tschechoslowakei in möglichst unveränderter Form weiterzuspielen und zu diesem Zweck eine bevorzugte Schiedsrichterfraktion bei künftigen Konflikten im Osten Europas auszuüben. Das Bestreben Englands richtete sich gegen diese Bestrebungen, zugleich aber wünscht es nicht, wegen des Sicherheitspaktes in jedem Falle in kontinentale Streitigkeiten verwickelt zu werden. Das Bestreben Deutschlands war, eine besondere Garantierolle Frankreichs zu verhindern, gleichzeitig aber England möglichst eng an die Garantiebestimmungen des Paktes zu binden.

Es ist nun während der zweiten Hälfte des August, nicht zuletzt dank der Vermittelung Vandervelades, gelungen, Formeln zu finden, die geeignet wären, nicht nur die Wünsche Frankreichs und Englands zu befriedigen, sondern auch die Bedenken Deutschlands zu zerstreuen. Danach würde Frankreich auf eine besondere Garantiestellung verzichten müssen, dafür aber würde es nicht mehr im Belieben Englands bleiben, ob es im Falle von Streitigkeiten auf dem Kontinent sich aktiv oder passiv verhält. Der ganze Garantiepakt würde in weitgehendem Maße dem Völkerbund unterstellt werden, worin auch für Deutschland eine Garantie dagegen liegen würde, daß Frankreich besondere Schiedsrichterbefugnisse sich anmaße und zum Beispiel im Fall eines Konflikts mit Sowjetrußland auf eigene Faust sein Durchmarschrecht proklamiere.

Die Klärung dieser außerordentlich schwierigen Rechtsfragen mußte vor jeder Konferenz der Staatsmänner erfolgen und sie mußte den juristischen Fachmännern vorbehalten bleiben. Nach übereinstimmenden Meldungen scheinen die Londoner Justizberatungen, wenn nicht zu einer restlosen Einigung, so doch zu einem befriedigenden vorläufigen Abschluß geführt zu haben, so daß der Weg zu einer politischen Konferenz nunmehr frei sein dürfte.

Von deutscher Seite wird noch immer erklärt, die Dinge seien noch nicht soweit, erst müsse das Reichskabinett den Bericht des Ministerialdirektors Gauß hören — der Deutschland auf der Juristenkonferenz vertreten hat —, ehe man sich zu weiteren Schritten entschließen könne. In Wirklichkeit nehmen die Dinge ihren programmatischen Verlauf, genau so, wie man sie zwischen den Kanzleien Europas inoffiziell längst vereinbart hat. Die Idee einer Juristenkonferenz war nur scheinbar französischen Ursprungs, in Wirklichkeit entsprang sie durchaus den Wünschen der Wilhelmstraße. Auch die geplante Ministerkonferenz entspricht vollkommen dem Wunsche Dr. Stresemanns, der ebensosehr den Abschluß des Sicherheitspaktes erstrebt wie Briand und Chamberlain. Allein mit Rücksicht auf die Deutschnationalen, die sich noch immer nicht dazu entschließen können, ihren Wählern wahrheitsgemäß einzugestehen, daß es seit dem deutschen Angebot vom 9. Februar ein Zurück für Deutschland nicht mehr gibt, will man nach außen hin so tun, als besitze Deutschland noch immer volle Handlungsfreiheit. In Wirklichkeit wird die Ministerkonferenz wahrscheinlich schon Ende September stattfinden, und die einzige noch offene wichtige technische Frage ist die, ob es eine engere Konferenz der Außenminister allein oder eine größere Konferenz mit Premierministern nach dem Muster der Londoner Konferenz vom Sommer 1924 sein wird. Da die Deutschnationalen in ihrem Haß gegen Stresemann eine Zusammenkunft der Außenminister allein verhindern möchten, haben sie den Reichskanzler Luther mobil gemacht, der selbst nichts Sehnlicheres wünscht, als wieder einmal der wirkliche „Führer" Deutschlands in Erscheinung zu treten.

Uns soll es recht sein. Wir können uns sogar nichts Besseres wünschen, als daß auch Herr Schiele an der kommenden Sicherheitspaktkonferenz teilnimmt und durch seine Unterschrift unter den Pakt die freiwillige Anerkennung der neuen deutschen Westgrenzen, also den spontanen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, wie er am 9. Februar 1925 vom Kabinett Luther bereits angeboten wurde, im Namen der Deutschnationalen unterschreibt.

Der Völkerbundsrat.

Die Rechte der Minderheiten. / Die österreichische Frage.

Genf, 6. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Völkerbundsrat behandelte am Sonnabendvormittag in öffentlicher Sitzung unter Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Painlevé den Bericht über die nationalen Minderheiten in Litauen. Entgegen den polnischen Behauptungen wurde festgestellt, daß die Enteignungen von Großgrundbesitz aus Anlaß der litauischen Agrarreform unparteiisch vorgenommen wurden. Von insgesamt 460 000 Hektar enteigneten Bodens waren 253 000 Hektar polnischer, 87 000 Hektar litauischer und 89 000 deutscher Großgrundbesitz. Das beschlagnahmte Land wurde parzelliert und an Arbeiter und Kleinbauern verteilt. Der Rat beschloß, vor einer endgültigen Beschlußfassung nochmals Erhebungen zu veranstalten.

Der einzige Tagesordnungspunkt der öffentlichen Sitzung am Sonnabendnachmittag war die Klage der ungarischen Minderheit in Rumänien über ungesetzmäßige Landenteignung. Von insgesamt 42 101 Joch Landes wurden 24 015 Joch enteignet. Auf Vorschlag des Berichterstatters Mello Franco (Brasilien) sprachen Rumänien hie gewährten Entschädigungen von 300 000 auf 700 000 Goldfranken herauf.

Auch zu dem zweiten Punkte der Tagesordnung „Verbot des Chemie- und Bakterienkrieges", über den der tschechoslowakische Außenminister Benesch Bericht erstattete, nahm der Rat nicht endgültig Stellung. In der österreichischen Frage ist er zu der Schlußfolgerung gekommen, daß Oesterreich lebensfähig sei. Der offizielle Bericht erklärt, daß sich die wirtschaftliche Lage Oesterreichs seit 1924 gebessert habe. Ebenso komme der Staatshaushalt ins Gleichgewicht. Der Sachverständigenbericht sei in diesem Punkte „beruhigend": dagegen sei er sehr ungünstig über die Arbeitslosigkeit, die 17 Prozent der österreichischen Arbeiter umfasse. Die Produktion bleibe um 25 Prozent unter der Vorkriegsleistung, der Außenhandel mit den Nachfolgestaaten um 50 Prozent und mit den anderen Staaten um 80 Prozent hinter der Vorkriegsziffer. Außerdem hinderten Zollschranken Oesterreichs Ausfuhr. Kapitalmangel, Zerstörung der Absatzgebiete und überlegene Auslandskonkurrenz machten seine Industrie jedoch lebensunfähig. Trotzdem könne die Zuwendung fremden Kapitals und die Erschließung neuer Absatzgebiete die Krise beheben. Der wirtschaftliche Wiederaufbau sei gleichzeitig die beste Bewähr für Oesterreichs nationale Selbständigkeit. Es bestätigt sich, daß der Rat in diesem Zusammenhang einen baldigen Abbau der Finanzkontrolle und Aufhebung des Völkerbundkommissars Zimmermann beschlossen hat. Die Bewilligung von Vorzugszöllen für Oesterreich ist jedoch schwierig, da es bereits Handelsverträge mit Meistbegünstigung abgeschlossen hat, die eine Ausnahme nicht zulassen.

Propaganda für die Kommunisten. Die politische Polizei in Warschau hat in der Nacht zum Sonntag über 100 Kommunisten in führender Parteistellung festgenommen, um auf diese Weise Demonstrationen der kommunistischen Jugend, die für Sonntag geplant waren, zu verhindern.

Stresemann.

Am deutschnationalen Gängelband.

Berlin, 7. September. (Radiomeldung.)

Zu der bevorstehenden Ministerkonferenz zur Verwirklichung des Sicherheitspaktes soll und will anscheinend der deutsche Außenminister Dr. Stresemann nicht allein sich den alliierten Ministern gegenüberstellen, denn nur so sind die auffallenden Ausführungen zu verstehen, die am Sonntag die „Tägliche Rundschau", das Organ Stresemanns, in einem Leitartikel machte. Da heißt es: „So selbstverständlich es in anderen Ländern ist, daß der Außenminister die Politik seines Volkes auch vor dem Auslande vertritt, so wenig selbstverständlich und zutreffend ist das in Deutschland, wo die Außenpolitik noch ganz im Banne der Partei- und Fraktionspolitik steht. Man mag diese Verhältnisse bedauern, aber man muß ihnen Rechnung tragen. Wir würden es daher begrüßen, wenn die Einladung der alliierten Minister nicht nur an den deutschen Außenminister, sondern auch noch an ein oder zwei andere Mitglieder des Kabinetts, vielleicht den Reichskanzler Luther und den Reichsinnenminister Schiele, gerichtet würde."

Breslau.

Ein Rückblick auf den 12. Gewerkschaftskongreß.

Am Anfang des Gewerkschaftskongresses stand die Beilegung des Konflikts im Baugewerbe, am Ende die Einigung in der sächsischen Textilindustrie, die gleichfalls die den Textilarbeitern angedrohte Aussperrung gegenstandslos machte.

Der Kongreß nahm einen wider Erwarten günstigen Verlauf. Dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuß des ADGB. wurde für ihre Tätigkeit seit dem Leipziger Kongreß Entlastung erteilt, lediglich gegen die Stimmen der drei Kommunisten, die in Breslau von den 88 kommunistischen Delegierten, die auf dem Leipziger Kongreß waren, noch übrig geblieben sind. Auch diese drei Kongreßdelegierten würden bei größeren Lebenserfahrungen das sinkende KPD.-Schiff verlassen.

Den geistigen Höhepunkt des Kongresses bildete zweifellos das Referat von Prof. Hermberg über die deutsche Wirtschaft, das den Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zeigte, wie weit das deutsche Unternehmertum noch entfernt ist von jeder geordneten Wirtschaftsführung sowie von technisch höchst entwickelter Betriebsführung. Der „Preisabbau" wurde als Phantom erkannt, die Lohnerhöhungen aber als eine Notwendigkeit nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die ganze Wirtschaft.

Zur deutschen Wirtschaft gehören die Arbeiter und Angestellten. Darauf fußend, forderte der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Genosse Jäckel, das Eindringen der Arbeitervertreter in die Betriebsführung, und die Demokratisierung der Wirtschaft. Auch auf diesem Gebiete muß dem Unternehmertum jeder Schritt abgerungen werden. Die hierzu gefaßte Entschließung spricht für sich selbst.

Bemerkenswert ist, daß in der Debatte nebenbei das Thema: „Partei und Gewerkschaft" von denen aufgerollt wurde, die für die Verdrängung der Partei aus den Parlamenten durch die Gewerkschaften plädierten. Diese Redner fanden keinen Anklang. Genosse Dißmann insbesondere wies darauf hin, daß die Gewerkschaftsvertreter im Parlament zusammen mit den übrigen Abgeordneten der Partei alles daran setzen, die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft zu verfechten.

Die Sozialgesetzgebung ist in Deutschland zu einem unerfreulichen Kapitel geworden. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Hermann Müller, zeigte, wie vieles auf diesem Gebiete versprochen und unterblieben ist, oder eine Gestalt annehmen soll, die wenig Rücksicht auf unsere Interessen nimmt, und damit zugleich, wie notwendig es ist, durch Stärkung und Festigung der gewerkschaftlichen Organisation unseren Einfluß auf die Dinge zu vergrößern. Geht man doch schon so weit, die Ortskrankenkassen durch die Betriebs- und Innungskrankenkassen zu zersplittern.

Bei der Behandlung der Organisationsfrage waren starke Unstimmigkeiten befürchtet worden. Allein das Kompromiß, das in der Organisationsfrage zwischen der Bundesleitung und dem Bundesausschuß abgeschlossen war, führte zu ruhiger, leidenschaftsloser Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung. Den von Dißmann vertretenen Standpunkt der Metallarbeiter unterstützten in Erklärungen auch diejenigen Genossen, die die Leipziger Entschließung beantragt und für sie eingetreten waren. Graßmann schilderte die historische Entwicklung der heutigen Form der Gewerkschaften, die keineswegs abgeschlossen ist.

Weit über die Frage der Organisationsform steht die der Einheitsfront der Gewerkschaften. Klarheit ist jedenfalls darüber geschaffen, daß wir zu Industrieorganisationen kommen müssen. Aber diese Erkenntnis muß reifen.

Von den wenigen kommunistischen Intermezzi abgesehen, bot der Kongreß nichts Sensationelles. Die Lichtbildmahnungen über dem Podium „Mehr Ruhe", „Noch mehr Ruhe" galten nur gelegentlichem privaten Gedankenaustausch der Delegierten untereinander. Der Kongreß bedurfte solcher Mahnungen wahrlich nicht. Bei aller sachlichen Nüchternheit verraten seine Verhandlungen und Beschlüsse eine innere Geschlossenheit und die feste Entschlossenheit alles daranzusetzen, die Interessen der organisierten Arbeiterschaft in jeder Weise wirksam zu fördern.

Da der Kongreß seine Arbeiten wider Erwarten bereits am Freitagvormittag beendet hatte, kamen die ausländischen Gewerkschaftsvertreter ausführlich zu Wort. Sie, die zu den Dingen einen größeren Abstand haben, sprachen sich außerordentlich anerkennend aus über die Arbeit des Kongresses. Was uns weniger bemerkenswert erschien, wie z. B. die Ovationen des Reichsbanners auf dem Heimwege von Zobten, das galt den französischen, belgischen und anderen ausländischen Gästen als ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Arbeiterschaft für die republikanische Staatsform eintritt und damit für die Erhaltung des Weltfriedens.

Genosse Mertens (Brüssel), der Vertreter des IGB., versicherte dem Kongreß, daß er der nächsten Sitzung des IGB. von der mustergültigen Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften und der Wiederherstellung ihrer früheren Einheitsfront Kenntnis geben wird. Es waren keine höflichkeitsphrasen, sondern begeisterte Worte der Anerkennung für die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften.

Mit besonderer Wärme wurde die Versicherung des deutschösterreichischen Vertreters, Genossen Schorsch, aufgenommen, daß die Zeit kommt, wo die österreichischen Gewerkschaftsmitglieder als Glieder eines einheitlichen deutschen Staates in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250907-15/fragment/page=0001

die Reihen der deutschen Gewerkschaftsgenossen eintreten. Er versicherte, daß es nicht die schlechtesten Mitkämpfer sein werden.

Es sind schwere Zeiten, die zwischen Nürnberg und Leipzig bis Breslau hinter den deutschen Gewerkschaften liegen. ungeheure Krisen und Rückschläge hagelten auf die Arbeiterschaft hernieder. Allein sie sind überwunden. Die Gewerkschaften gehen mit frischer Energie an ihre Aufgaben, die Reihen der Organisationen zu schließen und ihren Einfluß für die Durchführung ihrer Beschlüsse in der Lohnfrage, zur Durchsetzung des Achtstundentages, zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie sowie fortschrittlichen Ausbau der Sozialgesetzgebung einzusetzen.

Abschluß des Friedenskongresses.

Für wirtschaftliche Annäherung der Völker.

Der 24. Internationale Friedenskongreß hat am Sonntag mit einem feierlichen Bankett seinen Abschluß gefunden. Die letzte Sitzung des Kongresses zeichnete sich durch einen besonders lebhaften Gang der Diskussion aus, wobei vor allem die Gegensätze in der Kolonialfrage und bei dem Entwaffnungsproblem stark aufeinanderprallten. Der Kongreß hat in zahlreichen Entschließungen seine Forderungen niedergelegt. Erwähnt sei die Entschließung zur Kolonialfrage, die den Völkerbund auffordert, die Lösung des Marokkoproblems sowie der übrigen Kolonialkonflikte in seine Hand zu nehmen. Eine besondere Kommission soll zur Prüfung dieser Probleme bei dem internationalen Friedensbureau im Leben gerufen werden. Auch zum Problem der internationalen Wirtschaftsorganisation hat der Kongreß Stellung genommen und sich zugunsten einer internationalen Regelung der wichtigsten wirtschaftlichen Fragen, wie Verteilung der Rohstoffe, Arbeiterwanderung, Aufteilung der Absatzmärkte usw. ausgesprochen. Die wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten soll gefördert werden und soll in einem Zollverein ihren Abschluß finden. Der Friedenskongreß richtet an den Völkerbund die Aufforderung, diese Fragen auf seine Tagesordnung zu setzen. Bei der Aussprache über das Entwaffnungsproblem traten scharfe Gegensätze hervor. Zwei Entschließungen standen einander gegenüber. Die eine forderte die Anerkennung von gewissen Bedenken als gültigen Grund zur Verweigerung des Militärdienstes und Straflosigkeit für Fahnenflucht. Dieser Auffassung trat Ferdinand Buisson, der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, entgegen. Er forderte zwar auch die Abschaffung der Militärdienstpflicht, wies aber darauf hin, daß der Kongreß nicht die Bürger zur Auflehnung gegen die Gesetze auffordern dürfe. Infolgedessen müsse die Militärdienstpflicht so lange erfüllt werden, als die Gesetze, die sie fordern, noch bestehen. Der Kongreß hat schließlich die Entschließung von Ferdinand Buisson mit 194 gegen 144 Stimmen sich zu eigen gemacht.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat am Sonntagvormittag am Grabe des unbekannten Soldaten in Paris aus Anlaß des Weltfriedenskongresses durch deutsche Kriegsbeschädigte einen Kranz niederlegen lassen mit der Inschrift: „Dem unbekannten Soldaten, die Soldaten des Friedens!"

Die Ansiedlung der Optanten.

Die Spannung zwischen Deutschland und Polen, die durch die Mißachtung der kürzlich von der deutschen Regierung gemachten neuen Vorschläge zu einer schiedlich-friedlichen Regelung der Optantenfrage noch gesteigert wurde, hat die Bevölkerung an der deutsch-polnischen Grenze von neuem beunruhigt. Als Folge dieser Beunruhigung sind die verschiedensten Alarmmeldungen aus dem Grenzgebiet zu verzeichnen. So spricht man z. B. von einer Grenzverletzung durch polnische Truppenabteilungen, die jedoch von den deutschen amtlichen Stellen als völlig harmlos bezeichnet werden.

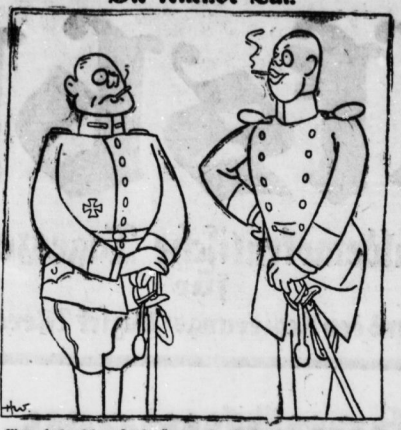
Infolge der Unnachgiebigkeit Polens dürften im November neue Optantenausweisungen erfolgen. Deshalb wird jetzt die Frage der Ansiedlung eines Teils der ausgewiesenen deutschen Optanten brennend. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Finanzierung der Ansiedlung. Preußen fordert vom Reich die Bereitstellung größerer Summen. Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über die Finanzierungsfrage haben am Sonnabend begonnen. Das preußische Landwirtschaftsministerium wird in der nächsten Zeit mit den Siedlungsorganisationen in Verbindung treten, damit die entsprechenden Vorkehrungen für die Ansiedlung getroffen werden können. Bei den vermögenden Optanten ist die Ansiedlungsfrage selbstverständlich einfach. Bei den Optanten, die nicht über genügend Mittel verfügen, muß zunächst im Wege des Entschädigungsverfahrens ihr Vermögensbestand sichergestellt werden. Nach der Ersetzung der Schäden, die Sache des Reichsentschädigungsamtes ist, sollen dann die für die Ansiedlung noch fehlenden Beträge durch Reichsdarlehen aufgebracht werden.

Münchener Bierphilister-Gesinnung.

Der städtische Hauptausschuß hat in geheimer Sitzung den sozialdemokratischen Antrag auf Benennung einer Straße nach Friedrich Ebert mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Kommunisten endgültig abgelehnt. Zugestimmt wurde begegen einem Antrage der Deutschnationalen, mehrere Straßen und Plätze nach Schlachtennamen und Schlachtfeldern zu benennen. Auch nach Schlageter wird eine Straße benannt werden.

Da die Meldung aus München kommt, setzt dies niemanden in Erstaunen.

Die rettende Tat.



„Was habe ich gesagt, Kamerad, Hindenburg ist doch ein Retter, er hat uns vor dem Mottenfraß bewahrt."

Die „Retter" und der Reichstag.

Zu der plötzlichen Aufhebung des Verbots des Uniformtragens schreibt die „Frankfurter Zeitung":

Der taktische Zweck dieses Affronts ist ja einigermaßen durchsichtig. Die Annahme der Regierungsvorlage war bisher zweifelhaft; um so zweifelhafter, weil sie eine verfassungsändernde Mehrheit erfordert. Man fürchtete, die Opposition werde sich sagen, gegenüber einem schlechten Gesetz — nicht bloß die Sozialdemokraten, sondern auch die demokratische Fraktion fand Herrn Geßlers Vorlage unzureichend und bedenklich — sei die bisher in Kraft stehende vorläufige Regelung immer noch das kleinere Uebel. Deshalb wird jetzt die vorläufige Regelung kurzerhand beseitigt. Es ist nicht schön zu sehen, daß der Reichspräsident zu einer solchen Pression sich hergibt. In jedem Falle scheint uns dies eine Methode zu sein, gegen deren Anwendung nicht bloß die Parteien der Opposition scharfe Verwahrung einlegen sollten. Der ganze Reichstag mußte es als einen politischen Skandal empfinden, wenn man in dieser Weise mit ihm umspringt.

Schließlich handelt es sich auch sachlich um keine ganz nebensächliche Angelegenheit. Früher war man in der Regel gewöhnt, nur ein paar ältere Stabsoffiziere und Generale auch nach ihrer Verabschiedung noch in Uniform zu sehen. Diesen Herren wird kein Verständiger ihr Festhalten an alter Ueberzeugung und Tradition verübeln, und die Republik hätte sich vielleicht auch mit dem äußeren Zurschautragen ihrer Gesinnung abfinden können. Wer das Reichswehrministerium hat selbst darauf hingewiesen, daß „während und unmittelbar nach Beendigung des Krieges einer unverhältnismäßig großen Zahl von ganz jungen Offizieren, die naturgemäß Erziehung und Schulung in den strengeren und geordneten Verhältnissen des Friedens nicht genossen haben", das Recht zum Tragen der Uniform erteilt worden ist. Schon heute unter der Geltung der Ebertschen Verordnung und meist unter ihrer Mißachtung wird die Uniform der alten kaiserlichen Armee systematisch zu Demonstrationen gegen die deutsche Republik mißbraucht.

Im Jahre 1919 waren die meisten Inhaber dieser kaiserlichen Uniformstücke sehr klein und still geworden, sonst hätte man sich wohl gehütet, das Recht zum Tragen der alten Uniform überhaupt aufrechtzuerhalten. Darum wird ja bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag grundsätzlich nichts geändert werden können. Aber mindestens müßte eben doch gegen den grotesken politischen Mißbrauch der Uniform Vorsorge getroffen werden, den das Reichswehrministerium selbst festgestellt hat.

Statt dessen beseitigt der Reichspräsident kurzerhand, während der Reichstag mit dieser Materie noch beschäftigt ist, die einzige Vorsorgemaßnahme, die es bisher gibt. Die Regierung, bei der die politische Verantwortung liegt, schuldet nicht bloß der Volksvertretung, sondern dem ganzen Volke eine alsbaldige Erklärung dieses merkwürdigen Vorgehens.

Der Held von Charleville.

Unerhörte Herausforderungen des „Kronprinzen".

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Der frühere Kronprinz, der angebliche Privatmann, ist am Freitag in Pillau zu einem Besuch eingetroffen. Anlaß genug für die bürgerliche Presse, sich in ellenlangen Hofberichten zu ergehen. Aus ihnen erfährt man, daß der Besuch des Exkronprinzen vor allem dem Führer der schlimmsten ostpreußischen Reaktion gilt, darunter seinem illegitimen Enkel von Berg-Markenhen und dem alten Oldenburg-Januschau. Aber auch das staatliche Gestüt in Trakehnen soll mit dem Besuch des Hohenzollernprinzen beehrt werden. Am Sonnabend war der Exkronprinz bei dem Landeshauptmann von Brünck im Gebäude der ostpreußischen Provinzialverwaltung zu Tisch. Dem jüngsten Erlaß des preußischen Innenministers zum Trotz hingen aus diesem Anlaß aus den Fenstern des Speisesaales der Dienstwohnung des Landeshauptmanns sowie der Dienststränme der Provinzialverwaltung schwarzweißrote Fahnen. Bei dem Oberpräsidium und Polizeipräsidenten wurden wegen dieser Verhöhnung der Republik und Mißachtung ministerieller Erlasse durch die höchsten Beamten der Provinz energische Vorstellungen erhoben.

Was sagt der preußische Innenminister dazu?

Internationale des Luthertums

Die Pastoren-Konferenz von Stockholm.

Neben der Internationale der katholischen Kirche, des Proletariats, des Kapitals und der Internationale der Militärs hat sich kürzlich in Stockholm eine Internationale der evangelischen Pastoren konstituiert. Diese Internationale des Luthertums baut sich zweifellos auf einem Widerspruch der Gedankenwelt der evangelischen Kirchen auf. Das Luthertum ist eine deutsche Spezialität, es ist auf deutschem Boden gewachsen und kann nur auf deutschem Boden voll und ganz zur Auswirkung gelangen. Luther ist so deutsch, wie Hindenburg, wie Peter Schwarz, wie Hans Sachs und wie Georg Heim, der Bauerndoktor von Regensburg. Er ist deutsch und sein „Untertanenverstand", seine politische Naivität und sein Bauern- und Bergarbeiterschädel mit seiner Sturheit und mit seiner Kraft sind Attribute des Luthertums, die außerhalb der deutschen Grenzen nicht wachsen können.

Die katholische Kirche braucht nur irgendeine Parole oder ein Signal auszugeben und ihre nationalen Kontingente nehmen den Befehl willig auf als Glieder einer überstaatlichen Gemeinschaft, die sich seit 2000 Jahren um ihre Kirchen schlingt. Auch der Calvinismus trägt Momente der Internationalität in sich. Zwingli und Calvin zogen einen entschiedenen Trennungsstrich gegen die hinter ihnen versinkende kirchliche und politische Tradition. Sie schufen die weltliche Demokratie, aufgebaut auf den Laienversammlungen ihrer Gemeinden mit der Einzelverantwortlichkeit des Staatsbürgers gegen Gott und der Welt. Sie wurden dadurch die geistigen Väter des Gemeindeprinzips, der Selbstverwaltung, des Parlamentarismus und des Repräsentativsystems. Luther aber, der 1520 noch gegen Tod und Teufel antritt, wurde angesichts der revolutionären Bauernhaufen des Jahres 1525 zum Legitimisten und Reaktionär und damit zum Vertreter eines typischen Staatskirchentums. Für ihn ist der politische Leiter der Gemeinde und der Christenheit die Obrigkeit, „die Gewalt über uns hat" und der Kaiser, dem man geben muß, „was des Kaisers ist".

So ist das Luthertum alles andere eher wie international. Die evangelische Kirche kann überhaupt nur unter einem fürstlichen Konsistorialrat als „Landeskirche" gedacht werden, und ihre geistige und schöpferische Kraft richtete sich von Anfang an nicht gegen den Adel und das frühkapitalistische geistliche und weltliche Kapital, sondern gegen den Klerus und die äußeren Formen der katholischen Kirche. Sie säkularisierte nicht die Schlösser, die Prunkgemächer der Aebte, der Reichsritter, Grafen und Fürsten, welche die Bauernschaft bis aufs Blut ausbeuteten, um sich durch die damalige Agrarverfassung ein arbeitsloses Einkommen zu sichern, sondern sie konfiszierte lediglich den „Ablaßkasten" der katholischen Kirche und nahm ihn in ihre Regie. Darum bedeutet Luthertum niemals Internationalität oder weltumspannender Menschheitsgedanke, sondern trübe und enge Verdrießlichkeit und Untertanenverstand. Der evangelische Geistliche war jederzeit Sittlichkeitsapostel und streng richtender Kultusbeamter und ist dadurch niemals der menschlich mit seiner Gemeinde verwachsene Priester der katholischen Kirche geworden.

Infolgedessen war es ein unlösbares Experiment, die Pastoren evangelischen Glaubens aus den gesamten Kulturstaaten der anderen Welt zu einem völkerverbindenden Kongreß zusammenzuschweißen. Oberstes Prinzip der evangelischen Seelsorge im Weltkrieg und der Nachkriegszeit war ja die Aufrechterhaltung des „nationalen Gedankens" und die Wacherhaltung des Hasses zwischen den Nationen. So legte sich auch bei den Beratungen dieser evangelischen „Oekumene" in Stockholm sozusagen oft ein eisiger Hauch des nationalistischen Rachegedankens über dieses Pastorenkonzil. Wer aber der Völkerbundsgedanke, welcher der evangelischen Geistlichkeit einen neuen Weg zu den Herzen der schaffenden Volkes hätte öffnen können, wurde vor allem von der deutschen Delegation in Form schlechter deutschnationaler Leitartikel behandelt. Es sprühte überhaupt ein übler deutschvölkischer Geist durch die Mehrzahl der deutschen Delegierten, obwohl sich einige bedeutende und vermittelnde Geister innerhalb der Delegation befunden haben. Wie soll es auch möglich sein, daß aus dem Stand der deutschen evangelischen Pastoren, in denen der Schmerz um den Verlust der Monarchie und die Standesvorrechte kaum weniger lebendig ist, wie im ehemaligen Offizierkorps, bei den Großgrundbesitzern, dem ländlichen und städtischen Adel, wie soll hier der Gedanke einer völkerverbindenden überstaatlichen Christenheit fruchtbringend zum Ausdruck kommen?

Diese Pastorenkonferenz hat neben der in der gesamten Materie liegenden grotesken Auswirkung dieses ersten Konferenzversuchs aber auch noch eine ernste politische Seite. Wie kann das Auswärtige Amt, das seit Monaten und Jahren den Gedanken des Sicherheitspaktes als oberstes Richtziel der deutschen auswärtigen Politik

Stadttheater.

Eröffnung der Opern-Spielzeit.

„Tannhäuser", Oper von Richard Wagner.

Mit diesem Meisterwerk des Bayreuther Titanen hat das Stadttheater am Sonntag nach längerer Pause seine Tore wieder geöffnet. Wir freuten uns aufrichtig, den „Tannhäuser" in seiner deutschen Urfassung zu hören, mit der abgeschlossenen Ouvertüre und ohne jede Beigabe der Pariser Einrichtung, zu der sich Wagner feineszeit nur sehr ungern hergab. Nach dem großen „Rienzi"-Erfolg in Dresden, am 20. Oktober 1842, erging an Wagner das Ersuchen, auch den „Holländer" einzureichen, zugleich wurde Wagner als Nachfolger des Hofkapellmeisters Raitrelli gewählt. Der „Tannhäuser" ging erstmalig im August 1847 mit dem neuen Schluß in Szene, ohne besonderen Erfolg. Erst als Liszt den „Tannhäuser" in Weimar mit bedeutender Wirkung brachte, erwarben die Theater von Leipzig, Königsberg, Schwerin, Frankfurt, Danzig, Hamburg, Riga, Kassel dieses Werk. Als Wagner, voller Sorgen über seine geringen Erfolge, abermals nach Paris ging, schien insofern eine günstigere Wendung für ihn einzutreten, als der Kaiser, veranlaßt durch die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft, den Befehl gab, den „Tannhäuser" in der „Akademie imperiale" aufzuführen. Während Wagner die Oper für Paris einrichtete, wurde ihm das langersehnte Amnestiedekret zugestellt, das ihm die Rückkehr nach Deutschland wieder ermöglichte. Am 13. März ging „Tannhäuser" in Paris erstmalig in Szene. Der Erfolg war wenig günstig, an einigen Stellen gab es starke Opposition, die auch in allen weiteren Reprisen in einer gewissen Steigerung sich wiederholte, so daß Wagner sein Werk ein für allemal zurückzog. Der Meister ging nach Karlsruhe und hatte hier einen bedeutungsvollen „Tristan"-Erfolg, der ihm leider in Wien nicht beschieden war. Die Oper „Tannhäuser" gehört heute zum eisernen Bestand der Opernhäuser aller Zonen; auch sie hat viel dazu beigetragen, Wagner einen Ehrenplatz in der Kunstgeschichte zu sichern.

Die heute übliche musikalische und szenische Fassung des „Tannhäuser" hat der Meister im Herbst 1875 an der Wiener Hofoper selbst entworfen. Man empfing hier zum ersten Male den Eindruck, daß der Meister nicht nur ein hervorragender Musiker und Dramatiker war, sondern auch ein ganz großer Regisseur und Menschendarsteller. Nicht nur die Stellungen der Solisten, der Chöre, besonders die Inszenierung des Einzugs der Gäste, wurde später für alle Theater geradezu vorbildlich.

Unser Oberspielleiter August Roebler richtet sich nach diesen Angaben Wagners, er gibt den Bühnenbildern äußere Belebung wie innere Werte, abermals erwies er seine Begabung als überlegener Gestalter der Szene. Generalmusikdirektor Band zeigt gleich mit den scharfen Gegensätzen und dem Sinneszauber des Vorspiels seine überragende Routine; den ganzen Abend bewundern wir den impulsiven Schwung seiner geistig hochstehenden Ausdeutung, alles wundervoll empfunden und bestimmt gegeben. Als Elisabeth dominiert Hilde Voß die Szene durch schöne Erscheinung und vornehme Geste. Ihr kultivierter Gesang bringt den triumphierenden Jubel der Hallenarie wie die weihevollen Stimmungen des zweiten Finale mit prächtiger Wirkung. Eleonore Wolff singt die Venus besonders in den höheren Lagen sehr wirkungsvoll, weniger gut klang die Mittellage. Elof Benktander sang den Landgrafen mit großer Würde, sein Baß ist in der Höhe weit ergiebiger als in der Tiefe. Ewald Böhmer faßt den Wolfram oft zu lyrisch auf; in rein stimmlicher Beziehung hat er sich aber nach der Höhe ganz überraschend gebessert. Mit bester Wirkung singt Adolf Gollub als Walter sein Solo. Auch die Vertreter der kleineren Sängerrollen verdienen Lob. Der Hirtenknabe Adelaide Rittmeyer hatte etwas irritiert eingesetzt; auch die Edelknaben bewährten den ersten Einsatz, halfen sich tapfer raus.

Die Titelrolle wurde von Karl Jahn darstellerisch und gesanglich vorzüglich gegeben; er baut seine ganze Leistung mit Intelligenz und ausgereifter Routine auf, und seine Stimme hält bis zum letzten Moment überraschend aus; das oftmalige Detonieren in der Mittellage wird zu vermeiden sein.

Ein besonderes Lob dem Chor, der in allen Stimmen tonschön und rein sang. Das Orchester klang herrlich; die baulichen Veränderungen im Theater waren von prächtiger Wirkung. Am Schluß der Oper gab es für die Darsteller und den Generalmusikdirektor ungezählte Hervorrufe.

S. S.

Thaliatheater.

„Der Tokaier", Komödie in drei Akten von Hans Müller.

Griesgrämiger Himmel und abschreckende Regengüsse suchten gestern vergeblich den erstmaligen Zusammentritt der Theatergemeinde zu verhindern. Das Thaliatheater öffnete seine Pforten mit einem Lustspiel, das durch seinen Witz die durch die Frühherbstkälte bereiften Gemüter auftauen sollte. Das ist mit dem „Tokaier" sicher kein leichtes Unterfangen gewesen. Gewiß wird der Dialog mit mancherlei netten Apercus gewürzt; auch sucht Stanislaus, das Muterbild eines mit den Hunden aller Erdteile gehetzten Schiebers, dem Tenor Lutz dessen Frau mit einer fast bewunderungswürdigen Mischung von plumper Ausbauer, Verführung und Gaunerraffinement abspenstig zu machen, sogar ein mißglückter Ehebruchsversuch im Trance geistert zwischendurch; aber es bleibt alles bieder und ordentlich. Der sehr rustikale Kraftmeier Lutz erobert sich sein Weibchen mit einer Mischung von Bauernschlauheit, Lärm und ehemännischer Bravheit zurück. Er hätte das vielleicht gar nicht einmal nötig gehabt. Sie hat einmal einem zudringlichen Reporter das Märchen erzählt, ihr Mann trinke vor jeder Vorstellung echten Tokaier. Daher der Name des Stücks, das keineswegs schwerer Tokaier, sondern brave Hausmarke ist, wohl einige hübsche Situationchen aufweist, aber mit ungeahnter Selbstverständlichkeit sich zum Bieder-Guten entwickelt.

Unter den Darstellern grüßten wohlbekannte und liebe Gesichter. Fritz Hengsel mit seinem kräftigen und lungenkräftigen Lutz von kerniger Grobheit und doch glücklicher Schmiegsamkeit im Dialog. Der Stanislaus Alfred Hallers war wohlpointiert, hatte sich jedoch einen abschreckenden Lombrososchädel zugelegt. Neu zeigte sich Anneliese Johow als Agathe, die bald warm wurde und durch eine gebührende Dosis Temperament zum Gelingen beitrug. Ortrud Wagner als Fritta ist gestern noch fremd geblieben. Neu waren ferner Walter Raupach und Just Scheu. Fritz Henkel gab den gefürchteten Intendanten mit viel Jovialität.

Das Zusammenspiel wies anfänglich die nach Lage der Dinge kaum vermeidliche Kühle auf, um sich später zu erwärmen. Die Spielleitung (Elsa Roehel-Müller) hatte für angemessenes Bühnenbild — soweit die beschränkten Verhältnisse das gestatten — und beschwingtes Tempo gesorgt.

Das Publikum freute sich des Wiedersehens und spendete lebhaften Beifall.

F. Ferchland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250907-15/fragment/page=0002

aufgestellt hat, seine Zustimmung dazu geben, daß auf diesem Pastorenkongreß deutschnationale Revanchepolitik übelster Sorte vergaßt wurde. Entweder war sich das Auswärtige Amt nicht über die Bedeutung des Kongresses klar oder es hat die politische Direktion der deutschen Oberkonsistorialräte und Generalsuperintendenten gewaltig überschätzt. Weiterhin hat die deutsche Delegation das Ersuchen der Konferenz hervorgerufen durch ihren taktlosen jeder politischen Einsicht baren Vorstoß in der Kriegsschuldfrage. Es müßte doch dem einfachsten Landpastor allmählich klar werden, daß dies eminent wichtige politische Problem nicht auf einem „Deutschen Tag" noch auf einem „Pastorenkongreß" gelöst werden kann, sondern von der einzigen Instanz, die einmal dazu berufen sein wird: dem Völkerbund.

Was helfen alle „schönen Botschaften an die Welt", wenn der „Aufruf" zur „Liebe und zum mitfühlenden Verständnis zwischen den christlichen Nationen" quittiert wird mit einem Schlag, der die breiten Massen der anderen Völker ebenso verletzen muß wie das deutsche Volk die Auswüchse des Versailler Vertrages? Das Heil der Welt wird weder von der Internationale des Kapitals noch der Internationale der Christenheit den schaffenden Massen der Arbeiterklasse gebracht werden können, sondern nur durch die Selbsthilfe gegen das Kapital, die Internationale des Proletariats!

Universitäten und Arbeiterklasse.

Förderung der Volksbühnenbewegung.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags führte am Sonnabend die Beratungen über den Etat des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu Ende. Bei dem Kapitel Universitäten, deren Haushalt über das Finanzjahr 1925 in Ausgaben und Einnahmen mit 31,6 Millionen Mark balanciert, kritisierte unser Genosse Waentig, daß noch immer nicht die letzten finanziellen Konsequenzen aus der sogenannten Universitätsreform gezogen wurden, die Unterstützung des akademischen Nachwuchses, insbesondere der Privatdozenten, immer noch viel zu wünschen übrigließe. Die Studierenden klagten über die wirkliche Ausdehnung der Universitätsferien; die Ferienzeit müsse auf das früher übliche Maß von höchstens 5 Monate zurückgeschraubt werden. Genosse Waentig kam dann auf die Belastung der Vertreter der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu sprechen, bei denen ein unerträgliches Mißverhältnis zwischen der Zahl der Lehrkräfte und der Zahl der Studierenden bestehe. Nehme man, wie bei den Juristen, das Verhältnis von 59:1, so müßten für die Wirtschaftswissenschaft in Preußen insgesamt 170 statt 59 Lehrstühle vorhanden sein. Der von der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft verfolgte Plan zur Errichtung von Studentenhäusern verdiene großzügige Förderung. Aber auch das Interesse der Arbeiterklasse an den Universitäten und ihren Einrichtungen müsse ganz anders als bisher gefördert werden. Der zur hochschulmäßigen Ausbildung von Arbeitern, Angestellten und Beamten auf den Gebieten der Wirtschaftswissenschaften ausgeworfene Betrag sei völlig unzureichend; man dürfe nicht vergessen, daß diese Studierenden fast nie auch nur auf kurze Frist auf eigenen Broterwerb verzichten können; die Gewerkschaften aber seien nur selten in der Lage, helfend einzuspringen. Hier müsse durch die Bereitstellung von Stipendien wirksame Abhilfe geschaffen werden.

Alle Universitäten sollen auf Antrag von Dr. Weyl Lehraufträge über den Alkoholismus und seine Schädigungen erhalten; ebenso sollen Lehrstühle für Homöopathie und Naturheilkunde errichtet werden. Bei dem Haushalt der preußischen Kunstverwaltung einigten sich die Parteien trotz des Widerstandes des Finanzministers, für die Arbeiten der Landesbühnenorganisation, zu der die Freie Volksbühne gehört, statt 500 000 Mk. insgesamt 1½ Millionen zu bewilligen. Genossin Kunert forderte die Einbeziehung der Künstler in die Sozialversicherung. Für die Förderung der Jugendspiele und für die Musikpflege wurden 100 000 Mk. eingesetzt.

Die Befreier des Kappisten.

Berlin, 7. September. (Radiomeldung.)

Der „Montagmorgen" versichert, in der Lage zu sein, die Namen jener Personen anzugeben, die sich feinerzeit an der Befreiung des Kapp-Putschisten Ehrhardt aus dem Leipziger Gefängnis führend beteiligten. Es handelt sich um folgende ehemalige Angehörige des alten Heeres: 1. Kapitänleutnant a. D. Abenbroth (Dresden), früher Führer des 4. Bataillons der Brigade Ehrhardt (Spitzname: „Fraz"). 2. Leutnant zur See a. D. Liedig (München), früher Adjudant Ehrhardts (Spitzname: „Frix"). 3. Leutnant zur See a. D. Maier (früher Führer der Kampfwagenabteilung der Brigade Ehrhardt. 4. Leutnant der Reserve Voß, jetzt in Rostock; in letzter Zeit vielgenannt als Kollektensammler des Frontbanns in Mecklenburg. 5. Oberbootsmannsmaat a. D. Voigt. Wie Ehrhardt selbst, so sind auch seine Helfershelfer jetzt in den Genuß der Hindenburg-Amnestie gekommen.

Der Prozeß gegen Maslow.

Eine ungeheure Blamage der Staatsanwaltschaft.

In Leipzig findet jetzt ein Hochverratsprozeß gegen den bisherigen Führer der KPD., Maslow, statt. Obgleich der Angeklagte sich monatelang in Untersuchungshaft befunden und die Staatsanwaltschaft also Zeit genug gehabt hat, eine Anklage zustande zu bringen, ist ihr das nicht gelungen. Die meist bösartige deutsche Klassenjustiz erscheint in diesem Prozeß vielmehr von einer geradezu grotesken Komik. Maslow ist nämlich wegen Handlungen angeklagt, die die KPD. begangen hat, während er gar nicht in Deutschland war.

Am Sonnabend wurde endlich in die Zeugenvernehmung eingetreten. Mehrere Kriminalbeamte sagen über die Fundstelle der beschlagnahmten Schriftstücke und die letzte Verhaftung Doskows aus. Die vom Tschela-Prozeß bekannte Stenotypistin Lehmpfuhl lernte alle Angeklagten von ihrer Tätigkeit in der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg kennen, kann sich aber auf nichts bestimmen. Ebenso versagt der Zeuge Schlosser Jeschke, bei dem für diesen Prozeß angeblich wichtiges Material gefunden wurde. Auf mehrere Zeugen, darunter den zum Tode verurteilten Poege, verzichtet der Reichsanwalt. Zeuge Landgerichtsdirektor Voigt hatte die Manuskripte und Broschüren Maslows unbeanstandet durchgesehen lassen. Sie wurden von der Reichsanwaltschaft beschlagnahmt und noch zum Gegenstand einer erweiterten Anklage gemacht. Landgerichtsdirektor Voigt erklärt, daß er bei der Durchsuchung Durchsicht der Schriftstücke eine hochverräterische Tendenz nicht zu erkennen vermochte. Auch der tschela-Prozeß verurteilte Feliz Neumann vermag wenig auszusagen. Seiner Vernehmung wohnte Ruth Fischer bei.

Die übliche Methode.

Der Reichsregierung ist die Veröffentlichung ihres Attentats auf die Reichsschule und deren Auslieferung an die Kirche äußerst unangenehm. Sie sucht die Wirkung durch eine Notiz abzuschwächen, die die Nachrichtenbureaus verbreiten müssen, worin behauptet wird, es handle sich nur um die Skizze eines Referentenentwurfs, der allerdings den Länderregierungen zugegangen sei. Im Laufe der Herbstmonate werde in Leipzig eine Sitzung der Ländervertreter stattfinden, in der der Entwurf endgültig festgelegt werden dürfte.

Die Türkei wird modern.

Ein Regierungsdekret ordnet die Schließung sämtlicher Derwischklöster an. Es ist den Derwischen und Scheiks in Zukunft verboten, den Gläubigen irgendwelche religiösen Vorschriften zu machen. Nur den Priestern ist es erlaubt, Turbans zu tragen. Alle Beamten des türkischen Reiches müssen europäische Kleidung und Hüte tragen.

Aus aller Welt.

Ein politischer Mord?

Weimar, 6. September.

Die Ermordung des Polizeioberleutnants Geipel in Erfurt ist nach den bisherigen Feststellungen auf politische Motive zurückzuführen. Der Mörder Drucker soll ein von der Kriminalpolizei seit längerer Zeit wegen eines anderen Mordes und noch weiterer Straftaten gesuchter Verbrecher sein. Sechs Monate lang soll Drucker von der Kommunistischen Partei in Greiz verborgen gehalten worden sein. Der auf den Namen „Drücker" lautende Paß, der bei dem Mann gefunden wurde, soll aus der Berliner kommunistischen Paßfälscherzentrale stammen.

Aufklärung eines Mordes durch Fingerabdrücke.

Berlin, 7. September. (Radiomeldung.)

Mit Hilfe von Fingerabdrücken ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, nach acht Jahren einen Mord aufzuklären. Am 9. September 1917 wurde in der Novalisstraße in der Nähe des Stettiner Bahnhofes eine 60 Jahre alte Schankwirtin Jacobs ermordet. Es handelte sich um einen ausgesprochenen Raubmord, dessen Aufklärung bisher nicht gelungen war. Nachdem nunmehr die internationalen Beziehungen auch von der Kriminalpolizei wieder aufgenommen waren, versandte der Berliner Erkennungsdienst auch die Fingerabdrücke, die bei jenem Mord festgestellt waren. Daraufhin war der Kopenhagener Erkennungsdienst in der Lage, die Fingerabdrücke als die eines Kellners Daniellowski, der vor kurzem als lästiger Ausländer aus Dänemark ausgewiesen war, mitzuteilen. Er wurde in Berlin ausfindig gemacht und gleichzeitig auch eine Kellnerin Böhm, die an dem Mord beteiligt war. Beide haben nunmehr die Mordtat zugegeben.

Unwetter an der Ostseeküste.

Infolge der in den letzten Tagen an der pommerschen Küste herrschenden schweren Weststürme wurde den Fischern großer Schaden angerichtet. Viele Netze sind abgetrieben oder zerrissen. Die Ausfahrten zum Fang konnten nicht vor sich gehen. Auch die Seedampfer hatten schwer unter dem Sturm zu leiden. So traf der Passagierdampfer „Odin" bei der Fahrt von Pillau nach Swinemünde infolge des Sturmes mit acht Stunden Verspätung ein.

250 Häuser durch Feuer zerstört.

Neuyork, 7. September. (Radiomeldung.)

Im Staate Louisiana sind in der Stadt Shreveport durch eine große Feuersbrunst 250 Häuser zerstört worden. Ueber 1000 Personen sind obdachlos. Der Schaden beläuft sich auf 5 Millionen Dollar.

Beim „Fensterln" erschossen. Dieser Tage wollte der Hilfsarbeiter Joseph Krapfel seiner Geliebten einen nächtlichen Besuch abstatten. Er wurde aber von zwei Grenzwachtbeamten bei seinem Vorhaben gestört. Vermutlich um nicht erkannt zu werden, lief er davon. Da er den Haltrufen nicht Folge leistete, feuerte einer der Beamten. Am Morgen fand man Krapfel mit einem Lungenschuß tot auf.

Vier Arbeiter in einer Posener Munitionsfabrik verbrannt.

Das Kriegsministerium gibt erst jetzt bekannt, daß am vergangenen Freitagmittag in Posen in einer Munitionsfabrik beim Auseinandernehmen von Infanteriemunition Feuer ausgebrochen war, das sich sehr schnell ausbreitete. Vier Arbeiter, die in der Baracke beschäftigt waren, konnten sich nicht mehr retten und sind in den Flammen umgekommen.

Wenn man sein Los verliert.

Eine ganze Reihe von Gewinnen der Kölner Jahrtausend-Ausstellungs-Lotterie ist noch nicht abgeholt. Nähmaschinen, Motorräder, Seereisen, ganze Gebinde Wein und ähnliche große Gewinne harren noch dessen, der sich als Inhaber des Gewinnes verstellt. Dafür hat sich jedoch einer eingestellt, der den dritten Hauptgewinn — ein Landhaus! also keine Kleinigkeit! — beansprucht, ohne das Los vorweisen zu können. Er behauptet, das Los besessen, es aber verloren zu haben. Die Lotterieverwaltung ihrerseits weigert sich, dem glücklich-unglücklichen Gewinner das Landhaus zu übereignen. Daraufhin hat der Losinhaber — es handelt sich um das Los Nr. 027 054 — die Lotterieverwaltung einfach verklagt. Nun darf man gespannt sein, wie er vor Gericht sein Recht auf das Landhaus zu beweisen gedenkt.

Großes Schadenfeuer in zwei Lodzer Fabriken. In Lodz ist in der Nacht zum Sonnabend in zwei Fabriken Feuer ausgebrochen, wodurch ein Schaden von ungefähr dreiviertel Millionen Zloty verursacht wurde.

Eine Schuhfabrik niedergebrannt. In Döbeln bei Leipzig ist in der Nacht zum Sonnabend die Schuhfabrik Friedelmann u. Fischer mitsamt dem Schuhlager vollkommen niedergebrannt. Der Materialschaden ist sehr beträchtlich.

Die 2. große Deutsche Funkausstellung in Berlin hatte bereits in den ersten beiden Tagen einen ungeheuren Besuch aufzuweisen. Am Sonnabend waren 20 000 Besucher zu verzeichnen, am Sonntag fanden sich über 50 000 Personen ein.

Nansen in Dessau. Zu einem Besuch der Junkers-Flugzeugwerke in Dessau und zu Besprechungen internationaler Luftverkehrsfragen weilte Frithjof Nansen am Sonntag in Dessau, wo auch Sven Hedin anwesend war. Nansen setzte dann auf einem Junkers-Großflugzeug, mit dem er von Berlin gekommen war, die Reise zur Völkerbundstagung in Genf fort.

Selbstmord zweier Kinder. In Stettin hat sich eine vierzehnjährige Schülerin gemeinsam mit ihrem Vetter vergiftet. Die Ursache der Tat ist unbekannt.

Ueberall Typhuserkrankungen. Wie die Blätter melden, sind in den letzten 14 Tagen in Wien in dem von Sommerfrischlern vielbesuchten Ort Gießhübl etwa 20 Typhusfälle vorgekommen, von denen vier tödlich verliefen.

Typhus auch in Rußland. In Petersburg ist eine schwere Typhusepidemie ausgebrochen, die vermutlich auf den Zustand des Wassers und der Milch zurückgeht. Die Spitäler sind bereits überfüllt.

Schießerei im mexikanischen Parlament.

Ein aufregender Vorfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich bem „B. T." zufolge in der Deputiertenkammer. Der Deputierte Macio hatte eine Rede über die Agrarreform gehalten. Der Abgeordnete Pereg von der Opposition trat den Ausführungen Macios mit heftigen Worten entgegen. Es kam zwischen den beiden Deputierten zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf Macio seinen Gegner durch einen Revolverschuß zu Boden streckte. Der Täter wurde, nachdem die Sitzung suspendiert worden war, verhaftet.

Eine neue staatliche Bergwerks-A.-G.

Durch die Presse sind in letzter Zeit mehrfach Nachrichten gegangen, daß eine neue staatliche Bergwerks-Aktiengesellschaft gegründet werden soll. Der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt dazu von zuständiger Stelle:

Durch eine Verordnung vom 19. Januar 1924 ist das Staatsministerium in Uebereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuß des Landtags ermächtigt worden, abweichend von den Vorschriften des Gesetzes vom 9. Oktober 1923 betr. Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Aktiengesellschaft, die der Bergwerksdirektion Recklinghausen unterstehenden Betriebe in eine besondere Aktiengesellschaft umzuwandeln. Es wird nunmehr beabsichtigt, die der staatlichen Bergwerksdirektion in Recklinghausen unterstellten Steinkohlenbergwerke nebst Zubehör in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, die sich an die fast ausschließlich im Besitz des preußischen Staates befindliche Bergwerksgesellschaft Hibernia anlehnen soll. Es wird erwogen, im Gegensatz zu der Preussag, der bekanntlich nur die Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes übertragen worden ist, der westfälischen Bergwerksgesellschaft das Eigentum zu übertragen. Der genaue Zeitpunkt der Gründung und die Höhe des Aktienkapitals stehen noch nicht fest. **Die Aktien werden im Alleinbesitz des preußischen Staates bleiben.**

Wie weiter gemeldet wird, sind die Verhandlungen über die neue staatliche Bergwerks-Aktiengesellschaft so weit geklärt, daß mit der Verwirklichung des Planes in ungefähr einem Monat zu rechnen ist. Es soll auch eine gemeinsame Ein- und Verkaufsvereinigung gegründet werden, die auch dazu angetan wäre, nach dem Muster anderer Werke den Einfluß im Kohlensyndikat zu verstärken.

Die Rote „Hilfe" der Kommunisten. In Lahr wurde der frühere Gatte der kommunistischen Landtagsabgeordneten Frau Unger verhaftet. Er wird beschuldigt, Geld unterschlagen zu haben, das er im Auftrag der „Roten Hilfe" an die Angehörigen der im Herbst 1923 an den Lahrer Unruhen Beteiligten verteilen sollte. Außerdem soll er der kommunistischen Parteileitung in Moskau gefälschte Quittungen gesandt haben.

Elf Morde wegen zweien. Das französische Kriegsgericht in Aleppo hat elf Syrier wegen Beteiligung an der Ermordung der französischen Majore Bannières und Wysocki zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde heute früh vollstreckt.

Arbeiterschaft und Pazifismus.

Aus Kreisen der Friedensbewegung werden wir um Abdruck folgender Darlegungen ersucht:

Von manchen Sozialisten wird die internationale Friedensbewegung vielfach als „bürgerlich" bezeichnet und es wird erklärt, daß sie sich „einzig auf die Idee des Internationalismus" stütze. Diese Meinung scheint nicht ganz zutreffend zu sein, denn es ist eine Tatsache, daß sich die Friedensgesellschaften, mögen sie nun Deutsche Friedensgesellschaft, Liga für Menschenrechte, Union of democratical controll, oder sonstwie heißen, nicht nur auf die bloße Betonung des Gedankens des Internationalismus beschränken, sondern zu einem erheblichen Teile auch Forderungen vertreten, die mehr oder weniger rein sozialistischer Natur sind. So heißt es beispielsweise im Programm der Deutschen Friedensgesellschaft: „Ersetzung der imperialistischen Ausschließungs- und Ausbeutungspolitik durch ein internationales System wirtschaftlicher Gemeinschaft und Gleichberechtigung, Mitarbeit am sozialen Ausgleich, Schaffung eines internationalen Arbeits- und Arbeiterrechts ... usw.". Und die Liga für Menschenrechte erklärt: „Mitarbeit an der Verwirklichung des Sozialismus ...". Organisationen, die derartige Forderungen vertreten, und zwar mit aller Entschiedenheit ohne Rücksicht auf den Beifall der Straße, kann man doch wohl nicht schlechthin als „bürgerlich" bezeichnen, zumal ein starker Prozentsatz ihrer Mitglieder sich aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung rekrutiert. Erinnert sei nur an die Genossen Stroebel, Paul Loebe, Kuszinsky, Gerhart Seger, Fabian u. a.

Es scheint, daß manche Parteigenossen mit einer gewissen Voreingenommenheit an das Gebiet des organisierten Pazifismus herantreten. Die weniger einer Abneigung gegen den Pazifismus — der ja wesentlicher Programmpunkt aller sozialistischen Organisationen ist —, als vielmehr einem gewissen, aus der Vorkriegszeit überkommenen Gefühle entspringt, einem Gefühle, das sich gegen jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Menschen sträubte. Da aber in der Nachkriegszeit eine geistige Umstellung in den sozialistischen Kreisen vor sich gegangen ist, ist diese bisweilen noch angutreffende ablehnende Haltung gegenüber der Friedensbewegung nicht mehr am Platze. Dieselbe ablehnende Argumentation müßte, wenn sie aufrechterhalten würde, konsequenterweise auch auf andere gemischte Organisationen ausgedehnt werden, z. B. das Reichsbanner. Denn hier liegen die Verhältnisse genau so wie hinsichtlich der Friedensbewegung.

Im übrigen liegt auch in organisatorischer Beziehung keinerlei Veranlassung vor, eine Zusammenarbeit zwischen Arbeiterbewegung und Friedensbewegung abzulehnen, denn abgesehen von der Tatsache, daß die Zusammenarbeit beider Teile eine gegenseitige Befruchtung zur Folge hat, liegen konkrete Beschlüsse vor, die diese Zusammenarbeit direkt fordern. Es ist leider die Tatsache, daß vom 10. bis 15. Dezember 1922 im Haag ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam einberufener Weltfriedenskongreß stattgefunden hat, an dem neben den freien sozialistischen Gewerkschaften die Friedensgesellschaften teilnahmen, in den folgenden Jahren allzu sehr in den Hintergrund getreten. Auf diesem Kongreß wurde gegen wenige Stimmen eine Entschließung angenommen, in der u. a. folgendes gesagt wird:

„Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene ... Weltfriedenskongreß stellt fest, daß, obwohl die pazifistische Propaganda wegen der ungünstigen Verhältnisse mehr auf theoretischem Gebiet geführt worden ist, sie doch einen wichtigen Anteil gehabt hat an der ... Einrichtung des Permanenten Schiedsgerichts, des Völkerbundes und des Internationalen Gerichtshofs. Er ist davon überzeugt, **daß durch die Beteiligung der Arbeiterorganisationen an dieser Propaganda mehr als bis jetzt auch praktische Maßnahmen gegen den Krieg getroffen werden können.** ... Er hält es für wünschenswert, daß alle für den Frieden wirkenden Kräfte im Kampfe gegen den Krieg zusammenarbeiten. ... Um diese Zusammenarbeit zu fördern, hält der Kongreß es für notwendig, daß alle für den Frieden wirkenden Organisationen mehr als bisher zusammenkommen, und schlägt ihnen vor, ihre zerstreuten Kräfte zusammenzuziehen vermittels einer ... Zusammenkunft, mit der der IGB. in jedem Augenblick Beziehungen anknüpfen kann. ..."

Aus dieser Entschließung, auf die besonders die freien Gewerkschaften immer wieder hingewiesen werden müssen, geht deutlich hervor, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Arbeiterschaft und der Friedensbewegung herbeigeführt werden soll. An einzelnen Orten hat man in dieser Beziehung auch schon praktische Maßnahmen getroffen, so u. a. in Hamburg, wo ein Friedenskartell besteht. Und erst jetzt kommt die Nachricht aus Paris, daß an der Vorbereitung und Durchführung des diesjährigen Weltfriedenskongresses der Friedensgesellschaften sowohl die französischen Gewerkschaften unter Jouhaux, wie auch die Sozialistische Partei tatkräftig mitwirken. Sorgen wir deshalb dafür, daß diese Zusammenarbeit immer mehr um sich greift, schaffen wir überall die entsprechenden Organisationen, denn es ist angesichts des Ueberhandnehmens des militaristischen Geistes sowohl im nationalistischen wie im bolschewistischen Lager ein Gebot der Stunde, alle Kräfte zu sammeln und auf eine praktische und in der Stunde der Gefahr wirksame Aktion einzustellen. Die Lehren von 1914 müssen wir beherzigen, wir müssen den Frieden mobilisieren und die aktive Abwehr des Krieges organisieren. Tritt uns die Entscheidungsstunde in Desorganisation, trifft sie uns ohne Vorbereitung, dann ist es zu spät, dann wird die Furie des Krieges wiederum über die gepeinigte Menschheit dahinrasen. Eilen wir, ehe es zu spät!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192509 07-15/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Postgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1098. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1089).

Halle.

Arbeiterwohlfahrt. Montag, den 7. September, abends 5½ Uhr, im Gewerkschaftshaus: Wichtige Aussprache, Wahlen. Alles muß zur Stelle sein.

— **Kindergruppe.** Dienstag, den 8. September, 5 Uhr, „Volkspark": Probe zum Singspiel „Vogelhochzeit". Alles zur Stelle!

SAJ. Heute abend pünktlich ½8 Uhr: Musikstunde. Erscheinen eines jeden Musikspielers ist unbedingt notwendig.

Beamtenverbrauchschutz der SPD. Mittwoch, den 9. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 1a: Zusammenkunft der Beamten, die zur SPD. gehören. Wichtige Tagesordnung. Niemand darf fehlen.

Aus dem Bezirk.

Nietleben. Dienstag, den 8. September, abds. 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne": Mitgliederversammlung. Redakteur Genosse Kasparek spricht über: „Die Provinzial- und Kreistagswahlen". Alle Genossen mit ihren Frauen müssen zur Stelle sein.

Merseburg. Montag, den 7. September, abends 8 Uhr, in den „Drei Schwänen": Versammlung der Frauengruppe. Vortrag der Genossin Röpert (Halle). Die Genossinnen und die Frauen unserer Genossen werden um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.

— **Donnerstag,** den 10. September, abends 8 Uhr, im „Tivoli": Mitgliederversammlung. Genosse Guske spricht über: „Die Bedeutung der Provinzial- und Kreistagswahlen". Wir ersuchen um recht zahlreiches Erscheinen.

Neu-Rössen. Konsum-Verein Merseburg. Dienstag, den 8. September, abends 8 Uhr, im Gasthaus Länger: Verkaufsstellenversammlung. Alle Mitglieder und Freunde unserer Sache sind herzlich eingeladen.

Holzweißig. Mittwoch, den 9. September, abds. 8 Uhr, im Gasthof Rittelmann: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Peters (Halle) über „Das neue Parteiprogramm". Volksblattleser und Reichsbannerkameraden sind willkommen. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Jeden Montag abend 8 bis 10 Uhr, Geschäftsstelle, Harz 42/44, Zimmer 36: Kassierung der fälligen Kleidergelder.

— **Abrechnung der Unterkassierer.** Montag, den 7. September, abends 8 Uhr: Bezirk 1 und 2. Dienstag, den 8. September, abends 8 Uhr: Bezirk 3, 4 und 5. 5954

Ortsgruppe Bockwitzer Ländchen. Dienstag, den 8. Sept., abds. 8 Uhr, im „Volkshaus" zu Bockwitz: Dringende Vollversammlung. Jeder muß erscheinen.

Hypothek. Gelder

auf 5 Jahre fest, zu zeitgem. Zinsen an Handw., Gewerbetr., Landw. u. a. werktät. Bevölkrg. u. Beamte.

Siedler, Neubauten usw. durch Staatsmittel zu 4 Proz.

Diese rein wirtsch. Selbsthilfe-Organisat. ordnet alle gesetzl. kaufm. finanziell. Angelegenheiten, inbegr. Buchführg., Inventarisation, Steuer- u. a. Beratung, Wirtschaftsfragen.

Beschaffung von Privatkredit.

Zeitgem. Regelung i. a. An- wie Verkaufsanliegen jegl. Grundbesitzes. 6029

Kein Makler, bescheidene Preise. Am besten Sonntags zu sprechen.

Grützner

Merseburg a. S. Breitestraße 16

Arbeitsmarkt

Wir suchen per sofort einen

Lagerhalter

Bewerbungen sind einzureichen bis spätestens 19. Sept. Wohnung nicht vorhanden.

Konsum-Verein Röglitz u. Umg. e. G. m. b. H. 6028

5 Steinsetzer

für Kleinpflaster stellt ein

Carl Schmidt, Steinsetzmeister

Zörbig. Tel. 306. 6044

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Es werden gesucht: 6036

Gewerbliche Abteilung: Maurer. — **Bergbaufachabteilung:** Hauer, Lehrhauer, Förderleute, Hüttenarbeiter, jugendliche Arbeiter im Alter von 14—18 Jahren. — **Lehrstellenvermittlung:** 3 Schmiedelehrlinge. — **Landwirtschaft:** Ledige Geschirrführer, Arbeiterfamilien, verheiratete Kuhfütterer, ledige Gärtner. — **Weibliche Abteilung:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Gutsmamsellen, Haus- und Stallmädchen für Land, Köchin für Gut, Stubenmädchen.

Welches war die letzte Sensation Berlins?

Tausend süße Beinchen!!!

Größte Ausstattungs-Operette aller Zeiten.

Première Donnerstag abend 8 Uhr

C.T.

Operetten-Theater am Riebeckplatz.

Raum-Beheizung in der kühlen Übergangszeit

— — nur mit Gas!

sauber, bequem, billig

1 cbm Heizgas nur 12 Pfennige

Kein Rauch / Kein Staub / Kein Kohlentransport / Kein Aschentransport / Geringster Brennstoffaufwand / Schnellste Heizwirkung / Bequeme Temperaturregelung

Gasheizöfen einschließl. Installation gegen bequeme monatl. Teilzahlung

durch die hiesigen Installationsgeschäfte und die

Verwaltung der Städt. Gas- u. Wasserwerke

Unterplan 12 / Fernruf Magistrat 7681

Rat u. Auskunft in allen Fragen der Gasversorgung kostenlos

6088

6014

Was wird das Tagesgespräch von Halle?

Tausend süße Beinchen!

Druckarbeiten jeder Art

wie Einladungskarten / Plakate / Formulare Zeitschriften / Broschüren / Zeitungs-Beilagen Kataloge / Preislisten / Rechnungen / Programme / Mitgliedsbücher / Mitgliedskarten Briefbogen / Kuverts / Statuten / Quittungen Jahresberichte fertigt schnell gut und billig

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Harz 42/44 e. G. m. b. H. Telephon 6005

Zur Abonnenten-Werbung

geeignete Parteigenossen

stellt gegen entspr. Provision und evtl. Spesen baldigst ein

Verlag „Volksblatt" G. m. b. H.

Tüchtiger

Borsten-Zurichter

für

Südwest-Deutschland gesucht.

Bei Eignung evtl. Anstellung als Vorarbeiter.

Schriftl. Angebote mit Angabe bisherig. Tätigkeit unter V. H. 150 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suchen Sie

Angestellte Arbeiter Beamte Handwerker

so inserieren Sie im „Volksblatt"

Kleine Anzeigen

wirken Kauf- Gesuche und Angebote, Vermietungen, Unterricht, Geldangebote, Darlehnsgesuche, Stellengesuche, Verkäufe, Tauschgesuche, Verloren und Gefunden

Frauen leiden

Regelstörung Rheumatismus

behandelt

M. Diezel

Homöopathie, Biochemie Harnuntersuchung

Eisleben, Fasslerstr. 82

STADT-THEATER

Dienstag, den 8. September. 7½ Uhr: Eröffnungs-Vorstellung des Schauspiels

Die heilige Johanna

Regie: Intendant Dietrich. Titelpartie: Berti Grether. Mittwoch: Trompeter. Donnerstag: Heilige Johanna.

Die Inhaber von Stammkarten werden höfl. gebet., die erste Dekade einzulösen

Volkspark

Burgstr. 27 Haltestelle Linie 8

Morgen, Dienstag, abend ⅜8 Uhr:

Gr. Opernabend

(Letztes Sommerkonzert)

unter gütig. Mitwirkung des Herrn Willy Billing (Tenor). 6039

Koch's

Künstlerspiele Bunte Bühne

Vollständ. renov.!

Jeden Abend die umfangreich. Darbietungen aller Künstler.

Verstärkte **Hauskapelle!**

Im neuen Trokadero

5-Uhr-Tee

Küchen

naturl. 6043

liefert billig

G. Schaible

Gr. Märkerstraße 26 am Markt.

Kleine Inserate finden hier weiteste Verbreitung!

Husten, Atemnot

Verschleimung

Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht. 6008

Walther Althaus, Heiligenstadt (Eichsfeld) H 57.

WALHALLA

Direktion Ad. Vogel. Tel. 8385

Nur bis 15. September

Zum 1. Mal in Halle

Karl Napp — der Komiker alles Komiker

Schichtl's größte Marionetten-Schau

Schenk u. Sohn — Wunder-Equilibristen

12 Glazeroffs — Russische Kunsttänzer

Die 3 Potters — Amerikanischer Bühnen-Luftakt

J. Garcia's — unerreichte Schattenspiele

Der zerbrochene Spiegel

Carl und Camillo Schwarz

Lucy Bernardo — die famose Parodistin

Green-Wood und Violet

Orig.-Kunstt-Bunstt

6041 usw. usw.

Anfang 7½ Uhr. Gewöhnliche Preise. Vorverkauf ab 11 Uhr vormittags an der Kasse ununterbrochen.

Besichtigen Sie meine Fenster

Uhren, Gold- und Silberwaren Trauringe

5936

kaufen Sie vorteilhaft bei

G. Schraut, Uhrmacher,

Schmeerstr. 4. Halle a. S. Schmeerstr. 4

Reparaturen billigst.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Aufhebung der Nordstraße zwischen Wörth- und Elsässer-Straße sowie die förmliche Feststellung neuer Fluchtlinien für die letztgenannten beiden Straßen.

Halle, den 1. September 1925.

Der Magistrat.

Eisleben

Wegen der Absteckungsarbeiten zum bevorstehenden Wiesenmarkt werden das Fußballspiel und andere Spiele auf der Wiese bis auf weiteres untersagt. 6035

Eisleben, den 2. September 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital zum Zwecke der Feststellung der Vorauszahlungen für das Rechnungsjahr 1926.

1. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet: Alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, die im Bezirke des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Eisleben eine Betriebsstätte unterhalten, wenn sie am 31. Dezember 1924 oder an dem in das Kalenderjahr 1924 fallenden Bilanzpflichttage ein Vermögen von mehr als 4 800 RM. besessen haben.

2. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 12. bis 25. September 1925 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich der Sitz oder die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können vom 3. September 1925 an in dem Dienstzimmer des unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses (Herrenstraße 10, Zimmer 2) bezogen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

3. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft.

Eisleben, den 31. August 1925.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Eisleben. 6063

Die genehmigte **Satzung des Jugendamts** ist am Rathause ausgehängt. 6068

Eisleben, den 26. August 1925.

Der Magistrat.

Mit Eintritt der Dunkelheit sind in sämtlichen bewohnten Gebäuden die zu Wohnungen führenden Flure und Treppen solange mit hinreichender Beleuchtung zu versehen, bis sie gegen die Straße dauernd abgeschlossen werden.

Verantwortlich für die Erfüllung dieser Vorschrift sind uns gegenüber nur die betr. Hauseigentümer bzw. die polizeilich gemeldeten Vertreter.

Zuwiderhandlungen werden nach der Polizei-Verordnung vom 9. März 1916 bestraft. 6084

Eisleben, den 2. September 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Mansfelder Gebirgskreis

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital zum Zwecke der Feststellung der Vorauszahlungen für das Rechnungsjahr 1925.

1. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, die im Bezirke des Gewerbesteuerausschusses für den Mansfelder Gebirgskreis eine Betriebsstätte unterhalten, wenn sie am 31. Dez. 1924 oder an dem in das Kalenderjahr 1924 fallenden Bilanzpflichttage ein Vermögen von mehr als 4 800 RM. besessen haben.

2. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 11.—26. September 1925 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich der Sitz oder die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können vom 11. September an von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke in dem oben genannten Zeitraum durch die einzelnen Ortsbehörden (Magistrat, Gemeindevorstand) während deren Dienststunden abgegeben. Die Steuererklärung ist entweder schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — oder mündlich in meinem Bureau, Zimmer 2, abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

3. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft. 6037

Mansfeld, den 4. September 1925.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Mansfelder Gebirgskreis.

Becker, Landrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250907-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. September 1925.

Parteinachrichten.

Heute, Montag, den 7. September, abends 8 Uhr, im Bezirksbureau

Sitzung des Ortsvorstandes

mit den Bezirksführern und Kassierern. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Arbeiter-Wohlfahrt. Die für heute, Montag, abend angesetzte Sitzung findet nicht statt.

Beamtenwerbeausschuß der SPD. Mittwoch, den 9. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Monatsversammlung. — Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Auftakt zu den Kommunalwahlen.

Unterbezirkskonferenz für Halle-Saalkreis.

Am gestrigen Sonntag hielt der Unterbezirk Halle-Saalkreis der SPD. im „Volkspark" eine Delegiertenkonferenz ab, um zu den durch Beschluß der preußischen Staatsregierung notwendig gewordenen Kreis- und Provinziallandtagswahlen Stellung zu nehmen. Die Konferenz war außerordentlich gut besucht. Diese Tatsache und die eingehende sachliche Aussprache über die im Verlaufe der Wahlbewegung zu leistende Arbeit dürften wohl ein Beweis dafür sein, daß die Parteigenossenschaft in Stadt und Land die Wahl als eine willkommene Gelegenheit betrachtet, Abrechnung zu halten mit den deutschnationalen Wahlschwindlern und dem kommunistischen Demagogentum, das namentlich in unserem engeren Bezirke der Sache der Gesamtarbeiterschaft unheuren Schaden zugefügt hat.

Das einleitende Referat über die Bedeutung der Provinziallandtags- und Kreistagswahlen hielt Genosse Kasparek. Seine langjährige Mitarbeit in der engeren Provinzialverwaltung sowie seine durch einjährige praktische Tätigkeit erworbenen Erfahrungen als Leiter eines größeren Kreiskommunalverbandes ermöglichten es dem Redner, das für einen nicht unerheblichen Teil von Genossen fast unbekannte Gebiet eingehend und anregend zu behandeln. Er wies zunächst darauf hin, daß es bis zu einem gewissen Grade verständlich sei, wenn auch heute noch, sieben Jahre nach der politischen Staatsumwälzung, große Wählermassen für die kommunalen Angelegenheiten und die Wahlen zu den beiden genannten Körperschaften wenig Verständnis haben. Waren doch diese Körperschaften ausschließliche Domänen des Großgrundbesitzes und der ebenso reaktionären Rathausbureaukratie. Und wie sich die Herrschenden der Kaiserzeit nicht um die Besitzlosen kümmerten, so umgekehrt auch die Besitzlosen nicht darum, was die kleine Schicht sorgfältig Auserwählter da auf ihren sehr seltenen Zusammenkünften trieben. In eingehender Weise sagte der Redner den sehr aufmerksam folgenden Teilnehmern sodann dar, wie tief das Aufgabengebiet der Provinziallandtage in die Lebensbedingungen weiter Kreise des werktätigen Volkes eingreift und wie dringend notwendig eine starke Anteilnahme an den Verwaltungsgeschäften sei. Nach dem letzten Jahresbericht des Provinzialausschusses befanden sich rund 6000 Kinder und Jugendliche in der von der Provinzialverwaltung ausgeübten Jugendfürsorge. Diese die Zwangserziehungsanstalten bevölkernden Opfer des „Stahlbades" sind zum weitaus größten Teile Kinder der Ärmsten der Armen, denn für die Roudies und Verwahrlosten der besitzenden Klassen unterhält man diese Anstalten nicht. Es könne der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, ob über das Wohl und Wehe dieser unglücklichen, zu einer freudlosen Jugend verurteilten Kinder auch weiterhin eine verknöcherte Bureaukratie und ein Provinziallandtag von Adligen, Großagrariern und industriellen Großkapitalisten und deren Beauftragte zu befinden habe, oder ob der frische Zug, der seit dem Einzuge der Arbeitervertreter ins Provinzparlament durch die Anstalten weht, nicht wieder erstickt wird. Auf sozialpolitischem Gebiete, auf dem Gebiete des Siedlungs- und Verkehrswesens, entfaltet die Provinz eine rege Tätigkeit; die Zahl ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen wird immer größer. Der das laufende Jahr aufgestellte Haushaltsplan schließt mit der stattlichen Summe von 50 Millionen Reichsmark ab. Es kann den Arbeitenden nicht gleichgültig sein, wie diese beträchtliche Summe aufgebracht, mehr noch, wie sie verausgabt wird. Ob, wie in der Kaiserzeit, für die rein agrarischen Bezirke und für agrarische Zwecke, oder im Interesse der Gesamtbevölkerung.

Wenn schon die — infolge Raummangels nur kurz skizzierten — Aufgabengebiete Veranlassung bieten zur restlosen Stimmabgabe für die Sozialdemokratie, so kommt noch hinzu, daß die neue preußische Verfassung es ermöglicht, daß die Provinzen auch einen wesentlichen Einfluß auf die Staats- und sogar die Reichspolitik auszuüben in der Lage sind. So wählt der Provinziallandtag die Mitglieder des Staatsrats, während der aus dem Landtag hervorgegangene Provinzialausschuß bei der Ernennung der Ober- und Regierungspräsidenten, des Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums und des Landeskulturrates mitwirkt, ferner die Listenmitglieder des Provinzialrates und der Bezirksausschüsse wählt. Die Mitglieder einiger auf sozialpolitischem Gebiete tätigen Ausschüsse werden gleichfalls vom Provinzialausschuß gewählt. Mit Recht wies Genosse Kasparek darauf hin, daß der Grad der Demokratisierung Preußens in hohem Maße von dem Ausfall der Wahlen zu den Provinziallandtagen abhängt. Die Wahlen haben aber auch über Preußen hinaus ein ganz erhebliches Interesse insofern, als die Reichsverfassung bestimmt, daß die Hälfte der preußischen Stimmen des Reichsrates von den Provinzialverwaltungen bestellt wird. Die erforderliche Wahl geschieht durch den Provinzialausschuß. Durch lebhaften Beifall bekundeten die Delegierten, daß sie die hohe Bedeutung der bevorstehenden Wahlen erkannt haben.

Auch in der sehr lebhaften Aussprache brachten sämtliche Redner zum Ausdruck, daß ihnen die vom Referenten vorgetragenen Gründe zur höchsten Kraftentfaltung durchaus einleuchtend erschienen, daß die Wahlen zum Provinziallandtag nur scheinbar räumlich begrenzten Zwecken dienen, daß sie vielmehr eine hohe politische Bedeutung hinsichtlich der politischen Machtverteilung haben. In eingehender Weise wurde über die zu leistende Wahlarbeit debattiert und immer wieder der Wunsch ausgesprochen, daß sich auch das Gros der Parteimitgliedschaft in den Dienst der Sache stellen möge.

Nach der Reihenfolge der für die einzelnen Genossen abgegebenen Stimmen sollen dem Bezirksausschuß als Provinziallandtagskandidaten vorgeschlagen werden die Genossen Kasparek, Stengel und Flücht, sowie die Genossinnen Wernicke und Röpert. — An der Spitze der Kreistagswählerliste, über die nach kurzer Debatte durch Zuruf abgestimmt wurde, stehen die Genossen Albrecht (Könnern), Bielig (Gröbers), Keitel (Zöbnitz), Werchan (Ammendorf), Sachse (Nietleben), Heier (Löbejün) und Kramer (Wettin). Die Aufstellung dieser und der noch weiteren Genossen erfolgte einmütig.

Infolge der vorgerückten Zeit wurde das Referat des Parteisekretärs über die Winterarbeit der Partei für eine spätere Konferenz zurückgestellt und die Tagung mit einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Schaumburg beendet.

Proteste der Mieter.

Gegen den Abbau des Mieterschutzes.

Der fortwährende Abbau des Mieterschutzes, den insbesondere die Reichsregierung auf Wunsch der Hausbesitzer vorgenommen hat, hat in Mieterkreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Auch auf dem Preußischen Mietertag, der am 5. und 6. September in Halle (Saale) stattfand, kamen die Bestrebungen der Hausbesitzer, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen vollständig aufzuheben, zur Sprache, und zwar in dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende des Landesverbandes Preußen im Reichsbund deutscher Mieter, Volkswirt Dziehk (Berlin) am Sonntag in der Tagung im „Wintergarten" erstattete. Der Referent wies darauf hin, daß die Reichsregierung von den Vertretern des Hausbesitzes, zu denen besonders die Landtagsabgeordneten Lademann und Howe gehören, dauernd bestürmt wird, nicht nur die Friedensmiete wiederherzustellen, sondern die Zwangswirtschaft überhaupt aufzuheben. Mit dieser Bearbeitung der Reichsregierung haben die Hausbesitzer bisher stets Glück gehabt, denn nicht nur der Prozentsatz der Friedensmiete ist dauernd hinaufgesetzt worden, sondern nach und nach wird ein Stück nach dem anderen aus dem Mieterschutzgesetz herausgenommen, so daß man dieses Gesetz richtiger „Vermieterschutzgesetz" nennen müßte. Die Bemühungen des Landesverbandes wenigstens die preußische Regierung den Interessen der Mieter geneigt zu machen, scheitern im wesentlichen daran, daß die Landesregierungen durch Reichsgesetze gebunden sind. Der Redner stellte an vielen Einzelbeispielen dar, wie nicht nur der Mieterschutz gesetzlich abgebaut wird, sondern auch durch mieterfeindliche Auslegungen der Gesetze und Verordnungen seitens der Gerichte und Verwaltungsbehörden der letzte Rest des Mieterschutzes beseitigt wird.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht, die am Nachmittag im Vereinshaus „St. Nikolaus" fortgesetzt wurde, nahm der Mietertag einstimmig die nachstehende Entschließung an:

„Der am 6. September 1925 im Vereinshause „St. Nikolaus" in Halle a. S. zusammengetretene Preußische Mietertag erhebt schärfsten Protest gegen die Vorlage der Reichsregierung auf Abänderung des Mieterschutzgesetzes. Die versammelten Vertreter der preußischen Mieterschaft stellen mit Bedauern fest, daß trotz steigender Wohnungsnot und lediglich infolge des ungestümen Drängens des Hausbesitzes der Mieterschutz abgebaut werden soll. Sie erblicken darin das Ergebnis eines politischen Kompromisses, dessen Kosten der deutschen Mieterschaft und der deutschen Wirtschaft auferlegt werden sollen.

Die Mieterschaft hatte mit Recht erwartet, daß die Reichsregierung endlich dazu übergehen würde, ein zeitgemäßes soziales Wohnrecht zu schaffen, statt dessen wird die Verlängerung des durchaus verbesserungsbedürftigen Mieterschutzgesetzes um nur ein Jahr beabsichtigt.

Der Preußische Mietertag lehnt die Regierungsvorlage als untragbar ab und fordert deren Zurückziehung vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages."

Oeffentliche Kundgebung der Mieter gewerblicher Räume.

Im Rahmen des Preußischen Mietertages fand am Sonntagmittag im „Wintergarten" eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Frage des Mieterschutzes bei gewerblichen Räumen befaßte. Zu Eingang begrüßte der Vorsitzende die erschienenen Vertreter des Magistrats, die Stadträte Dölz und Fischer, den Generalsekretär der Partei für Handwerk, Gewerbe, Müller, den Vertreter des ADGB., Afabundes und AfA., Genossen Wernicke, den Vertreter der SPD., Genossen Flücht und den Vertreter der KPD. Stolt (Berlin). — Hierauf begrüßte der Kommunist Stolt den Mietertag und versicherte ihm die Sympathie der KPD. Seine Rede hatte so gar nichts Revolutionäres an sich, sondern war reiner „Revisionismus". — Genosse Wernicke wies als nächster Redner darauf hin, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Mieter in ihren Bestrebungen unterstützen. So hat der am Freitag geschlossene Gewerkschaftskongreß beschlossen, daß namentlich die Bestrebungen der Bauhüttenbewegung zu unterstützen seien, damit auf dem Wege der Eigenhilfe ohne Mitwirkung des Privatkapitals Häuser und Wohnungen geschaffen werden. Parallel damit geht, daß die Vertreter der Gewerkschaften in den Spitzenorganisationen allen ihren Einfluß ausüben werden, um auch die Entrechtung der Mieter seitens der Gesetzgebung zu bekämpfen. Wenn das erreicht werden soll, müssen starke Organisationen der Mieter vorhanden sein. Die freien Gewerkschaften bringen jedenfalls den Mieterbestrebungen vollste Sympathie entgegen. — Für die bekanntlich von der Wirtschaftspartei abgesplitterte Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe begrüßte deren Generalsekretär Müller die Tagung. Er hob hervor, daß seine Partei es als ihre Aufgabe betrachte, die Wirtschaftspartei zu zerspliittern, die die Interessen der Gewerbetreibenden verraten habe und nur noch eine Hausbesitzerpartei sei. — Rektor Greben (Köthen) überbrachte die Grüße und Sympathien der Bodenreformer, die das Erstarken der Mieterbewegung lebhaft begrüßen würden, da ihre Ziele die gleichen wären. — Für die SPD. sprach Genosse Flücht die Sympathie der Partei mit den Mieterforderungen aus. Er betonte, daß es wohl überflüssig sei, besonders festzustellen, daß die Partei in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften und den Mieterorganisationen dazu beitrage, den sozialen Gedanken im Wohnungswesen zu verfeisen.

Ueber: **„Die Lage der gewerblichen Mieter und ihre Organisation"** verbreitete sich nunmehr der Landesverbandsvorsitzende Dziehk (Berlin). Seine Ausführungen behandelten im wesentlichen die seitens der Reichsregierung beabsichtigten Versuche, den gewerblichen Mieterschutz abzubauen, wie wir in einem Artikel in unserer Ausgabe vom 4. September bereits ausführlich dargelegt haben. Er zeigte, wohin der Weg gehe, wenn der Mieterschutz abgebaut würde, indem z. B. in Württemberg bereits eine Miete von 200 Prozent der Friedensmiete gesetzlich festgelegt sei. Die gewerblichen Räume müssen gleichmäßig behandelt werden. Es darf in der Mieterfrage keine Unterschiede geben. Im Interesse der Volkswirtschaft muß der Mietpreis auf einer Höhe gehalten werden, daß die Instandsetzungskosten und die Verwaltungskosten gedeckt werden, daß aber jeder andere Gewinn vermieden wird.

Seine Ausführungen, die lebhaften Beifall fanden, wurden ergänzt durch Bücherrevisor Vietz (Weißenfels), der u. a. darauf hinwies, daß die preußische Regierung durch Handelsminister Schreiber habe erklären lassen, daß sie nicht daran denken, in Preußen Ausnahmebestimmungen für gewerbliche Mieter zuzulassen. Es wird notwendig sein, daß die gewerblichen Mieter organisatorisch erfaßt und zusammengeschlossen werden. Auch ist es nötig, auf die Handelskammern und besonders die Handwerkskammern, die die gutachtlichen Aeußerungen in Mietfragen abgeben, Einfluß von seiten der gewerblichen Mieter zu gewinnen. Heute sitzen in diesen Kammern ausschließlich die Vertreter der Hausbesitzer. Infolgedessen müssen die gewerblichen Mieter in den Innungen ihren Einfluß geltend machen.

Genosse Levy (Bitterfeld) erklärte, daß eine Aufhebung des Mieterschutzes unmöglich sei. Es handele sich um die Vernichtung von Tausenden von Existenzen, wenn die gewerblichen Räume besonders behandelt werden. Das Reichsmietengesetz müsse obligatorisch auf viele Jahre hinaus festgelegt werden.

Zum Schluß wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 6. September 1925 im „Wintergarten" zu Halle a. S. versammelten Vertreter der gewerblichen Mieter protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Absicht der Reichsregierung, den Mieterschutz für gewerbliche Räume zu lockern. Bei der großen Knappheit an gewerblichen Räumen bedeutet jede Lockerung des Mieterschutzes eine Auslieferung der nur zur Miete wohnenden Gewerbetreibenden an die Willkür des Hausbesitzes, zumal der Gewerbetreibende in den weitaus meisten Fällen seinen Geschäftsbetrieb nicht ohne schwere Schädigung verlegen kann.

Es liegt kein begründeter Anlaß vor, den Forderungen des Hausbesitzes in so weitgehenden Maße entgegenzukommen, wie es die Reichsregierung beabsichtigt. Die Drohung des Vermieters mit der Aufhebungsklage wird zur Einschüchterung und Bewucherung der Gewerbetreibenden führen und damit den erneut in Aussicht gestellten Preisabbau verhindern.

Dem maßlosen Macht- und Gewinnstreben des Hausbesitzes muß endlich von seiten der Reichsregierung und derjenigen politischen Parteien, die Anspruch darauf erheben, als sozial zu gelten, entschieden entgegengetreten werden im Interesse unserer Wirtschaft und der Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen.

Neue Mietsteigerung in Sicht?

Die preußische Regierung teilt gegenüber den Pressemeldungen, die von einer weiteren Steigerung der Mieten zu berichten wußten, u. a. folgendes mit: Das Staatsministerium hat zu der Frage der Erhöhung der gesetzlichen Miete noch nicht Stellung genommen. Soweit aber die Frage der Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen Abänderung der Hauszinssteuerverordnung in Frage kommt, sind insofern der durch das Finanzausgleichsgesetz vom 10. August 1925 bedingten Aenderungen entsprechende Vorarbeiten in den Ministerien im Gange. Die Frage aber, ob in dem dem Landtage vorzulegenden Gesetzentwurf auch eine Steigerung der Hauszinssteuersätze vorgesehen ist, wird erst vom Staatsministerium in Verbindung mit der Frage der Steigerung der gesetzlichen Miete entschieden werden können.

Der Amtl. Preußische Pressedienst schreibt dazu noch folgendes: „Gemäß § 27 a der 3. Steuernotverordnung des Reichs müssen die Mieten am 1. April 1926 100 Prozent der Friedensmiete erreicht haben. Bei dieser reichsrechtlich zwingenden Vorschrift handelt es sich für die Landesregierung lediglich um die Frage, in welcher Weise die Steigerung der gesetzlichen Miete von gegenwärtig 82 Prozent auf 100 Prozent durchgeführt werden soll."

Was geschieht in Halle?

Vom Magistrat der Stadt Altona ist mit Zustimmung der Regierung eine neue Verordnung gegen den Wohnungsmangel erlassen worden, die eine bedeutende Verschärfung der bestehenden Bestimmungen darstellt. Insbesondere wird auch die gesamte Wohnungsvermittlung sowie die Anpreisung und Anbietung der Wohnungen durch Zeitungen der behördlichen Prüfung unterstellt. Das Beschlagnahmerecht der Wohnungen wird auf alle Arten unbenutzter Räume ausgedehnt und der Behörde die Freiheit gelassen, bauliche Veränderungen auf ihre Kosten vorzunehmen. Man hofft, durch diese neuen scharfen Maßnahmen dem Wohnungswucher das Handwerk zu legen.

Wir fragen nochmals: Was geschieht in Halle?

Die Entpolitisierung der Schule.

Ein neuer Erlaß des preußischen Kultusministers.

Der preußische Unterrichtsminister hat an die Provinzialschulkollegien und Regierungen einen Erlaß zur Entpolitisierung des Schulwesens in Preußen gerichtet. Nach seiner Auffassung hat die „parteipolitische Betätigung der Schüler vielfach Formen angenommen, die die staatsbürgerliche Erziehung der Schule gefährden, den Schulfrieden stören und bedauerliche Erscheinungen im Schulwesen herbeiführen, wie Angeberei, Verdächtigungen, Terror der Mehrheit, Züchtung von Gesinnungslosigkeit" usw. Bedauerlicherweise habe die Haltung der Schuljugend in der Oeffentlichkeit sogar vielfach zu besonderen Maßnahmen der Polizei geführt.

Als wichtigste Aufgabe der Schule in dieser Beziehung bezeichnet der Minister, durch verständnisvolle Belehrung aller Beteiligten auf die Entpolitisierung des Schullebens hinzuwirken. Mit Recht betont er, daß die Voraussetzung der Erziehungsarbeit der Schule auf diesem Gebiete die rechte Haltung der Lehrerschaft in diesen Fragen sei, an der es bekanntlich in Preußen, zumal auf den sogenannten höheren Schulen, sehr fehlt. Noch einmal erinnert der Minister daran, daß **Schüler keinen Vereinigungen angehören dürfen, die sich gegen den Staat oder gegen die geltende Staatsform richten.** „Ich lasse keinen Zweifel darüber," erklärt der Minister, „daß die Herabsetzung der verfassungsmäßig festgelegten Reichsfarben als eine Herabsetzung der geltenden Staatsform anzusehen ist. Jede Mißachtung der Reichsfarben seitens der Schuljugend ist daher als schwere Verfehlung anzusehen und jedes derartige Vorgehen, insbesondere die Beheiligung und Mißhandlung anderer Schüler wegen ihrer Gesinnung, ist streng zu bestrafen, gegebenenfalls durch Verweisung von der Anstalt."

Um das Schulleben selbst zu entpolitisieren, untersagt der Minister mit sofortiger Wirkung den Schülern und Schülerinnen das Tragen von Abzeichen, Bändern und anderen Symbolen jeder Art in der Schule selbst und bei Veranstaltungen der Schulen; auch das bloße Mitbringen dieser Abzeichen wird verboten.

Es bleibt abzuwarten, ob dieser neueste Erlaß eine bessere Wirkung ausüben wird als seine verschiedenen Vorgänger.

Aufruf an die Saar-Deutschen.

Um möglichst gewissenhaft die Vorbereitungen für die Abstimmung über das Schicksal des Saargebietes im Jahre 1935 treffen zu können, sollen jetzt schon die Listen über alle diejenigen aufgestellt werden, die abstimmungsberechtigt sind. Der Vertrag von Versailles bestimmt, daß nur diejenigen Personen beiderlei Geschlechts an der Abstimmung teilnehmen können, die am Tage der Unterzeichnung des Vertrages — am 28. Juni 1919 — im Saargebiet gewohnt haben und im Jahre 1935 das Alter von 20 Jahren erreicht haben. Also wer dann nach dem 28. Juni 1919 das Saargebiet verlassen hat, aber sonst die Bestimmungen über das Lebensalter erfüllt, ist abstimmungsberechtigt. Geborene Saardeutsche, die am 28. Juni 1919 nicht im Saargebiet wohnten, können leider nicht abstimmen.

Der über ganz Deutschland verbreitete Saarverein (Hauptgeschäftsstelle Berlin) bittet nun dringend und herzlich alle Saardeutschen, bei denen die angegebenen Bedingungen zutreffen, alsbald ihre Anschrift (Familien- und Vorname, Wohnort und Straße) mit Geburtsdatum und Angabe über die Aufenthaltszeit und -ort im Saargebiet an die im ganzen Reiche eingerichteten Sammelstellen schriftlich oder mündlich zu übermitteln. Dorthin ist dann auch künftig jeder Wohnungswechsel mitzuteilen.

Die Sammelstelle für das Gebiet des parlamentarischen Wahlkreises Halle-Merseburg befindet sich in Halle a. d. S., Friedrichstraße 18, im Oberbergamt, z. H. des Herrn Rechnungsrevisors Hermann Burghardt.

Es ist Ehrenpflicht jedes Abstimmungsberechtigten, seine Angaben recht bald einzureichen.

Mit treuem Saargruß!

Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250907-15/fragment/page=0005

Theorie und Praxis.

Preisabbau-Erklärung der Industrie- und Handelskammer zu Halle.

Die Industrie- und Handelskammer zu Halle veröffentlicht die folgende Erklärung:

„Der Herr Reichskanzler hat jüngst die ernste Mahnung ausgesprochen, es möchte die gesamte Bevölkerung der Teuerung entgegenwirken. Diese Mahnung hat bei den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft verständnisvollen (!) Widerhall gefunden. Auch die unterzeichnete Industrie- und Handelskammer richtet an die Firmen von Industrie und Handel ihres Bezirkes sowie überhaupt an alle beteiligten Kreise die dringende Aufforderung, jenen wohlmeinenden und auf eingehender Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse beruhenden Stimmen ernste Beachtung zu schenken.

Nur wenn sich alle die größte Beschränkung bei der Bemessung der Preise für Waren oder Leistungen auferlegen, so daß möglichst billige Abgabe aller Bedarfsartikel an die verbrauchende Bevölkerung durchgeführt wird, und dadurch den Arbeitslöhnen die unbedingt notwendige Kaufkraft erhalten bleibt, können schwerwiegende Störungen des Wirtschaftslebens, insbesondere zerrüttende Lohnstreitigkeiten, die unter allen Umständen unterbleiben müssen, vermieden werden.

Den kaufmännischen Betrieben liegt es ob, zu prüfen, ob nicht sparende Maßnahmen möglich sind, z. B. durch Einführung rationellerer Arbeitsmethoden, Herabminderung der allgemeinen Geschäftsunkosten. Und von den Angestellten und Arbeitern ist zu erwarten, daß sie verständnisvoll an den Bemühungen, die deutsche Wirtschaft zu stärken und wieder gesund zu machen, durch Steigerung ihrer Leistungen mitwirken."

Es wird sich ja zeigen, daß diese Beschwörungen auf die Fabrikanten und Händler wenig Einfluß ausüben werden. Die privatkapitalistische Wirtschaft ist eben schwer zu bewegen, sich einem volkswirtschaftlichen Gebot zu fügen. Noch weniger darf man das erwarten, wenn die Regierung und die Wirtschaftsführer, die von Preisabbau reden, durch ihre Handlungen ihn erschweren, wie es durch die Annahme des Zolltarifs geschehen ist. Wenn die Sache schief geht, dann sucht man schnell einen Prügelknaben.

Wer verhindert die Preissenkung?

Unternehmer und Händler haben in den letzten Tagen wiederholt den Versuch unternommen, die Schuld an dem Fehlschlag der Preissenkungsaktion des Reichskabinetts durch die Lohnforderungen der Arbeiterschaft zu erklären. Die Gewerkschaften und nicht die Schutzzöllner und Wucherer sollen der Prügelknabe sein, auf den man die Schuld für die abermals wieder stärker anziehenden Preise abwälzt. Der „Sozialdemokratische Pressedienst" ist in der Lage, zu der Beantwortung der Frage, wie sich die wieder bemerkbar machende Preissteigerung erklärt, folgendes vertrauliche Zirkular zu veröffentlichen:

Vertrauliche Mitteilungen an unsere Kundschaft.

Es ist bereits allgemein bekannt, und die Tagespresse weist dauernd darauf hin, daß die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel seit Wochen in stetigem Steigen begriffen sind. Die Hausfrauen wissen, welche großen Mehrkosten die Einkäufe für Gemüse, Obst, Fleisch usw. erfordern. In den großen Industriebezirken verlangen die Arbeiter erhebliche Zulagen, weil sie bei der fortschreitenden Teuerung nicht mehr auskommen können. Da auch Baumwolle sowohl in Amerika, als in Bremen sprunghaft gestiegen ist, so bedarf es keiner großen prophetischen Begabung, um zu erkennen, daß Zusammenwirkung dieser Umstände alle Webwaren und die daraus gefertigte Wäsche in aller Kürze ebenfalls eine bedeutende Steigerung erfahren müssen, zumal die Spinnereien und Webereien ihre Preise fortwährend erhöhen.

Versand von 25 Mk. an überall hin franko unter Nachnahme. Als Briefadresse genügt: Wäschesch midt, G. m. b. H., Berlin W. 50. Fernspr. Stempl. 246.

Das Zirkular der Wäscheschmidt-G. m. b. H. spricht Bände. Wir haben uns in den letzten Tagen mehrfach ausführlich mit den Aussichten für die kommende Preisentwicklung in Deutschland auseinandergesetzt und brauchen heute nur noch darauf hinzuweisen, daß sich die steigenden Preise aus allen möglichen zum größten Teil ungerechtfertigten Ursachen, aber nicht aus den Lohnforderungen der Gewerkschaften erklären. Wäscheschmidt selbst scheint zu den Leuten zu zählen, die die Zollsätze der Regierung unter allen Umständen ausschöpfen und die Zoll-Liebesgabenpolitik der Regierung und der Rechtsparteien auf die Masse der Verbraucher abwälzen wollen. Für die Regierung, die täglich mit großen Worten auf die Preissenkungsaktion hinweist, wäre es von Interesse, sich näher mit der Wäscheschmidt G. m. b. H. zu beschäftigen. Vielleicht interessiert sie sich einmal für die in der Gesellschaft üblichen Zuschläge. Das ganze „vertrauliche" Schriftstück spricht dafür, daß man es bei ihr mit einer „genauen" Kalkulation, deren Wichtigkeit jetzt wieder bis zum Uebermaß betont wird, nicht allzu genau nimmt.

Ein politischer Rückblick.

Preußischer Handelsminister Dr. Schreiber spricht.

Die von der Demokratischen Partei am Sonnabend im großen Thalia-Saal veranstaltete öffentliche Versammlung erfreute sich eines guten Besuches; es war eine ganze Anzahl Menschen, die aus dem Munde eines Ministers gern etwas Neues gehört hätten. Herr Dr. Schreiber beschränkte sich aber auf einen politischen Rückblick, wobei er ebenso, wie wir es so oft getan haben, die heuchlerische Politik der Deutschnationalen in den Vordergrund schob. Auch er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß von den vielen Versprechungen, die den Wählern seitens der Deutschnationalen Volkspartei gemacht wurden, allein der Zolltarif übrig geblieben sei. Außenpolitik aber werde die früher so heftig bekämpfte Linie der Koalitionsregierungen weiter verfolgt, ohne daß die jetzige Reichsregierung von den Deutschnationalen mit Schmutz beworfen werde. Von der Preisabbauaktion der Regierung hält Redner nicht viel; man könne nicht, um das alte Bibelwort zu variieren, sagen: es werde billiger, und es ward billiger. Am Schluß seiner von Zustimmungskundgebungen öfters unterbrochenen Rede kam der Redner auf die Krise in Preußen zu sprechen und sagte: „Wir wünschen dem deutschen Volke eine Neuwahl zu ersparen, aber wenn es nicht anders wird im Preußischen Landtag, dann appellieren wir an das Volk und sehen dem Ausgang mit aller Ruhe entgegen." (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion verdarben zwei Phantasten mit ihren Ideen vom Reichseigenheim und von der Freigeldtheorie den Abend. Es wäre besser gewesen, wenn das Referat des Ministers in der Diskussion noch ergänzt worden wäre, denn es blieb noch viel zu sagen übrig.

Rauke, König von Sachsen.

Eine „nationale Würdelosigkeit" sondergleichen leistet sich das hallische Lindemann-Blatt. Es verzieht eine Meldung, nach der Genosse Hörsing in Bad Gastein eingetroffen ist (was anscheinend nur den Lesern von Lindemann-Blättern erlaubt ist), mit dem Nachsatz: „Du bist mer awer e scheener Republiganer!" sagte Rauke, als er dies las." — Dieser Rauke ist kein anderer als der „zweifach" König Friedrich August III. von Sachsen, der diesen Ausspruch nach Reimanns Buch „Dr Geenij" getan hat. Wir fordern die „Vereinigten Vaterländischen Verbände" von Halle und Umgegend auf, sofort eine geharnischte Protestentschließung gegen diese Verächtlichmachung eines achtteutschen Fürsten zu fassen!

Jahrmarktstrudel.

Diesmal ist es weniger der Regen als eine nicht gerade angenehme kühle Witterung, die den hallischen Herbstjahrmarkt ungünstig beeinflußt. Händler und Aussteller sind zwar auch diesmal wieder genügend vertreten, aber das Publikum bleibt zum größten Teil in den vier Pfählen und steckt für das Jahrmarktsgeld ein paar Briketts in den Ofen, wonach es dann gemütlicher ist, im Zimmer zu sitzen, als sich frierend durch die Budenreihen auf dem Roßplatz zu schieben. Im großen ganzen ist Neues auf diesem Jahrmarkt auch nicht zu sehen. Da ist wieder die Achterbahn, die vielen Karussels, die Schaukeln und ähnliche alte Bekannte. Eine Sehenswürdigkeit, auf die wir besonders hinweisen möchten, ist die Schaustellung kleiner ostafrikanischer Liliputpferdchen und das niedliche Affentheater, das sich gegenüber dem Wasserturm befindet. Als besonderes Zugstück bekommt man dort einen jungen Oranglang zu sehen; eine Menschenaffenart, die schwer zu fangen und zu zähmen ist und deshalb zu den Seltenheiten in den zoologischen Gärten gehört. Das Tierchen ist erst ein Jahr alt und konnte gefangen werden, nachdem die Mutter, die 1,70 Meter groß war und neun Zentner wog, abgeschossen war. So scheu das kleine Ding auch noch ist, so gefährlich kann es auch schon sein. Gestern nachmittag biß es einem fünfjährigen Kinde, das es necken wollte, in den Finger. Also bitte, ansehen, aber nicht necken!

* **Die Tätigkeit der Feuerwehr.** Im Monat August wurde die Feuerwehr 357 mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen: 4 Mittelfeuer, 12 Kleinfeuer, 341 Hilfeleistungen und Krankentransporte. Am Sonntagvormittag wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Blumenstraße alarmiert, woselbst infolge Ueberheizens des Ofens ein Stubenbrand ausgebrochen war. Die Wehr konnte das Feuer nach einer Tätigkeit von etwa einer halben Stunde löschen und wieder abrücken. Größerer Sachschaden war durch den Brand nicht entstanden.

* **Schwerer Unfall eines Radfahrers.** Sonnabend nachmittag gegen 5,45 Uhr wurde in der Reilstr.—Ecke Tiergartenstr. ein Radfahrer von einem Straßenbahnwagen umgefahren. Der Radfahrer erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und wurde mittels Krankenwagen einem Krankenhause zugeführt.

* **Ein Zusammenstoß.** Sonnabendmittag stießen auf dem Riebeckplatz ein Motorradfahrer und ein Radfahrer zusammen. Beide Personen kamen zu Fall und trugen leichte Verletzungen davon. Außerdem wurde infolge des Zusammenstoßes noch ein auf den Riebeckplatz beschäftigter Pflastererarbeiter angefahren und ebenfalls leicht verletzt.

* **Letztes Sommerkonzert im „Volkspark".** Das 18. Sommerkonzert, das im großen Saal vor sich gehen wird, findet am Dienstagabend statt. Damit schließt die diesjährige Reihe der Abonnementskonzerte. Viele schöne Stunden wurden den Besuchern geboten. Leider waren die Veranstaltungen nicht so besucht, wie sie die Konzerte verdienten. Für das Abschiedskonzert hat auch diesmal Herr Musikdirektor Schütz ein reichhaltiges Programm aufgestellt. Besonderes Interesse gewinnt das Konzert durch die Mitwirkung des Herrn Willy Billing (Tenor). Der Sänger wird im zweiten Teil die Gralserzählungen aus Lohengrins Verweis an Elsa und im dritten Teil die Arie „Ich so fromm, ach so traut" aus „Martha" und eine Arie aus „Bajazzo" „Hüll dich in Tand" zum Vortrag bringen. Eingeleitet wird der Abend durch den Marsch aus „Carmen", hierauf folgt die Ouvertüre „Die weiße Dame", eine Phantasie aus „Lohengrin", und der Teil schließt mit dem Walzer „Waldteufel". Im zweiten Teil steht die Ouvertüre zur Oper „Martha", dann singt der Sänger, hierauf folgt ein Charakterstück „Die Post kommt" und eine Phantasie aus „Zoska". Eingeleitet wird der letzte Teil durch eine Phantasie aus „Bettelstudent", dann folgt wieder Herr Billing. Den Abend beendet ein Schlußmarsch. Es wäre erwünscht, wenn die letzte Veranstaltung, die durch das frühzeitig eingetretene kühle Wetter nun schon zu einem Herbstkonzert geworden ist, recht zahlreich besucht würde.

* **Bad Wittekind.** Dienstag, 9/47 bis 8/8 Uhr Frühkonzert, 4 bis 1/27 Uhr Nachmittagskonzert, 8 Uhr abends letztes großes Sommerkonzert, veranstaltet vom Beamten-Orchester-Verein, verbunden mit großem Prachtfeuerwerk.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Montag, bleibt das Theater geschlossen. Am morgigen Dienstag geht als Eröffnungsvorstellung des Schauspiels im Stadttheater „Die heilige Johanna" von Bernard Shaw zum erstenmal in Szene. Die Titelrolle spielt Berthel Grether. In den zahlreichen übrigen Rollen ist das ganze Herrenpersonal des städtischen Schauspiels beschäftigt. Regie: Intendant Dietrich. — Am Mittwoch zum erstenmal in dieser Spielzeit: „Troubadour". Donnerstag und Sonnabend: „Die heilige Johanna". Freitag: „Tannhäuser", Sonntag: „Gräfin Mariza".

Donnerstag-Stammkarten. Die Intendanz des Stadttheaters weist noch einmal auf den neueingerichteten dritten Abonnementstag hin. Anmeldungen täglich an der Kasse des Stadttheaters, wo auch die bestellten Stammkarten abgeholt werden können.

Volksbühne. Unsere Spieltage für die Stadttheateraufführungen sind folgende: 1. Spielreihe „Die heilige Johanna", und zwar Spielgemeinde A am 12. September; B am 16. September; C am 19. September und D am 30. September. Einlösungstermine für A 3. bis 7. September; B 3. bis 9. September; C 3. bis 12. September und D 3. bis 15. September. Für die 2. Spielreihe, und zwar Spielgemeinde G „Tannhäuser" am 21. September, für H und J „Judith" („Tannhäuser" folgt als zweite Vorstellung), und zwar für H am 26. September und für J am 3. Oktober. Die Festsetzung des Spieltages für die Theatergemeinde L kann erst später erfolgen. Einlösungstermine: Für G 3. bis 12. September; für H 3. bis 14. September und für J 3. bis 15. September. Neuanmeldungen für das Stadttheater, die Kammerspiele im Thaliatheater (5 Werke 5 Mk.) und die Hauptproben der Städtischen Sinfoniekonzerte (siehe Mitte) werden täglich von 9 bis 1 und 3 bis 5 in der Geschäftsstelle Brüderstraße 14 entgegengenommen.

Film und kleine Bühne.

„Rakete." Das Septemberprogramm wird von vollständig neuen Kräften bestritten. Im Mittelpunkt steht das Serakin-Ballett mit russischen, ungarischen und anderen Tänzen. Besondere Erwähnung verdienen zwei ansprechende Vortragskünstlerinnen sowie ein genandier Taschenspieler. Das Duett Bergl und Bergl darf gewisse Zweideutigkeiten nicht zu einbeutig wiedergeben, sonst wirken sie leicht anstößig, auch für den, der an eine freiere Vortragsweise gewöhnt ist. Anfänger ist Eugen Mac, der auch mit Vorträgen, u. a. Lieder zur Laute, aufwartet. Die Musik des Künstlertrios Roesner, Klemmer und Müller ist erstklassig. Hz.

* **In den C.-T.-Lichtspielen Gr. Ulrichstraße ist eine Programmänderung eingetreten.** Anstelle des Lotte-Neumann-Films ist das Sensations-Schauspiel „Der gelbe Prinz" getreten. In guten Händen ist die Hauptrolle mit dem Japaner Sessue Hayakawa. „Aus der Jugendzeit" hat immer noch alte Zugkraft. Beweis: Das ausverkaufte Haus. — Im C.-T. Riebeckplatz wird außer dem erstklassigen Alaska-Film eine Tragödie mit südländischer Leidenschaft und Liebe gegeben. Diana Karenne, Italiens größte Tragödin, spielt seelenvoll. Hz.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Aus dem Geschäftsleben.

Unserer heutigen Postauflage liegt eine Einladung der bekannten Lotterie-Einnahme Krüger, Berlin, Friedrichstraße 176/177, betr. Ulmer Münsterbau-Geldlotterie und Oberschlesischer Geld-Lotterie bei. Die Ziehung der Münsterbau-Lotterie findet bereits am 15. und 16. September statt.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: J. V.: Gottl. Kasparek; für Gewerkschaftliches, Lokales und Provinz: Alfr. Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. —

Lebenswende.

Roman von Alfred Schirokauer.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin W 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

98] (Nachdruck verboten.)

Auch in ihrer Brust tobte der Sturm. Sie dachte an den Mann, den der Aufruhr dort draußen an einem kleinen, schwarzen Dampfer umherschleuderte. Sie dachte an die Jahre, da er sie bei allen Spielen beschützt hatte gegen die rohen Kraftausbrüche der andern. Sie rang die Hände in den Sturm hinaus.

Was hatte sie von Männern gewußt. Zu Hause hatte sie immer gesehen, daß die Mutter dem Vater an Klugheit weit überlegen war, und hatte gemeint, Rührigkeit des Verstandes und Zartheit des Denkens sei des Weibes teil, und Kraft und schwerer Sinn gebühre dem Manne. Diesem Glauben hatte Tom Pietersen entsprochen.

Und nun war da einer gekommen, der alle Schönheit und Klugheit der Welt in starken Armen trug, in Armen, die so eisenfest waren, daß sie die Strömung dort draußen bezwungen hatten.

Sie schlug die Hände vor die Augen und preßte die Finger gegen die Lider, daß purpurne Ringe in der Dunkelheit tanzten. Sie wollte das Bild dieses Mannes nicht mehr sehen.

Sie riß die entschlüpfende Kraft ihres Gehirns zusammen, sich Tom Pietersen vorzustellen in seiner braven Einfachheit und schwerfälligen Güte. Doch immer waren es Bölls scharfe, durchleuchtete Augen, die sie sah und seine vornehmen Hände und seine schlanke, stählerne Gestalt. Und sie wand sich in Verzweiflung und starrte hinaus auf das Meer, über das der Sturm raste, und wußte nicht ein noch aus.

„Guten Abend, Brigitte," sprach eine Stimme neben ihr.

Sie schrie laut auf. Das Brausen des Windes hatte das Geräusch seiner Schritte verschlungen.

Sie blickte nicht empor. Die Haube senkte sich tief.

Er setzte sich neben sie auf den nassen Felsen und suchte die Worte für seinen Entschluß. Mehrmals öffnete er den Mund. Kein Laut drang zwischen den Lippen hervor, als hätte der Sturm sie verweht. Endlich preßte er heraus: „Brigitte, du wolltest hinaus in die Welt. Willst du mit mir zu all den Wundern wandern, von denen ich dir erzählt habe — als mein Weib?"

Die Haube zitterte stärker. Die Gestalt duckte sich fröstelnd zusammen. Keine Antwort kam. Der Sturm heulte um die Klippe. Die Lichter des Leuchtturms peitschten über rollende Wasserberge.

Er nahm ihre Hand. Sie ließ sie ihm.

„Liebst du mich nicht, Brigitte?"

Sie wandte ihm das Gesicht zu. Die Augen eines zermarterten Tieres irrten in den Höhlen. Sie zerrte die Hand zurück und schrie verzweifelt durch den Sturm: „Ja, ich lieb dich — ich denke nur an dich — wie an Gott denke ich an dich — ich bin deiner nicht wert —"

Der Sturm setzte ihm den Jubel vom Munde.

Sie schüttelte den Kopf und deutete hinaus ins Meer mit einer armen hilflosen Bewegung. Draußen flohen die Fischerboote ans Land. Die Springflut wälzte sich gegen die Insel.

Wolf verstand. Er rückte auf dem Stein näher an sie heran, legte den Arm um ihre Schulter, fühlte ihr angstvolles Zusammenschauern und sprach, eindringlich dicht an ihrem Ohre: „Brigitte, das sind Lebensfragen. In ihnen gilt nur das Ich. Nur unser Wohl und Wehe entscheidet. Ich habe lange Jahre meines Lebens den Pflichten in den Rachen geworfen. Davor will ich dich bewahren.

Sie schüttelte wieder den Kopf und schrie gellend hinein in das Knattern des Windes: „Kann der da draußen, der mit seiner Ehre geopfert hat, dafür, daß er ein armer, einfacher Fischer ist? Kann er dafür? Darf ich ihm darum die Treue brechen, weil er ist, wie er ist? Und weil du anders bist?

Sie sank in sich zusammen, als sei sie leer geworden, als sei nichts in ihr gewesen als ihre Not, die sie herausgeschrien hatte.

Er schwieg und blickte hinab in die Kamine der Klippen, in denen die steigenden Gischtsäulen niederregneten. Steil stiegen sie an den Felswänden auf, und der Wind fegte sie nieder und warf sie stäubend gegen das zerrnagte Gestein.

Er blickte hinab und fand keine Antwort. Langsam zögernd, drehte sich die Haube. „Weißt du es anders?" Es klang wie ein letztes verzweifeltes Hoffenwollen.

Er schwieg.

Mühsam stand sie auf. Der Sturm schüttelte sie. Ihr blauer Rock schlug ihm ins Gesicht.

Er sprang empor. Stumm, ihr hoffnungsloses Weh in den Augen, standen sie voreinander.

Da schlug eine Sturmwelle über die Klippe und warf das Mädchen gegen den Mann. Sie taumelte an seine Brust, er preßte sie an sich. Leblos, mit zuckenden Lippen und zuckenden Lidern schmiegte sie sich in seine Arme.

Lange preßte sich Mund auf Mund. Körper an Körper geklammert, standen sie und der Südwest wiegte sie hin und her.

Jäh riß sie sich los. Der Sturm jagte sie vor sich her. Wolf blickte ihr nach, wie sie vor dem Winde über das Plateau flog. Verloren und gezaust trieb sie im Winde.

XVII.

Um elf Uhr nachts stürzte die Springflut sich auf die Insel. Wassertürme stiegen an der Mole empor und brachen krachend über die Brüstung nieder. Die Lichter des Leuchtturms sausten weit draußen über eine zerklüftete Welt wandelnder Vulkane, die rauschende Fontänen in den sturmgefegten Himmel schleuderten.

Um Mitternacht stiegen rote Notraketen draußen in den Klippen. Ein Schiff lag in den Messern des „Drei-Teufels-Riff". Berghoch spülten die Wellen über Deck.

In langschäftigen Wasserstiefeln und knarrenden Oelmänteln, die Südwester auf die Schädel gerammt, standen die Fischer von Manholm am Strande. Jetzt hatte der alte Pietersen an dem Holzschuppen, der das Rettungsboot und den Raketenapparat barg, Kleine, kreisrunde, gurgelnde Strudel hinterließ das Holzbein in dem steigenden Wasser. Kreischend drehte sich der Schlüssel im Schloß, vier Mann mußten zugreifen, so erbittert legte sich der Wind gegen die Tür. Als die Männer sie aufgezwängt hatten, schlug sie krachend herum an die Wand der Baracke.

Klaus Barsen trat zum Leuchtturmwächter. Sein Gesicht war verteint. Wortlos reichte er ihm das Fernrohr.

Draußen stiegen in rascher Folge die Raketen.

Pietersen faßte das Glas, blickte hindurch, hinaus nach dem Riff, und schwankte sacht hin und her. Keine Linie in dem verwitterten Gesicht zuckte, als er das Glas dem alten Kameraden schwerer Seenöte zurückreichte.

„Dann nicht," stieß er rauh hervor und hinkte von dannen, dem Leuchtturm zu. Er wußte jetzt, wer da draußen mit dem Tode rang. Ohne mit der Wimper zu zucken, opferte er den einzigen Sohn der Schande seiner Tat.

Von Hand zu Hand wanderte das Rohr. Hart schlossen sich die Lippen der Männer. Keiner sprach.

Dann stampfte Klaus Barsen zum Schuppen, winkte drei Mann herbei, mit zähem Ingrimm schlugen sie das Tor herum, das der Sturm an die Bretterwand nagelte. Kreischend drehte sich der Schlüssel im Schloß.

Wortlos, in finsterer Entschlossenheit, schritt der Alte den Steg hinauf zum Dorfe. Die anderen folgten.

Verzweifelt stiegen draußen die roten Raketen. Hoch auf über die Mole donnerte das Meer.

Brigitte saß auf der Ofenbank, in schweres Sinnen versponnen. Der Vater trat ein, schritt zum Fenster, eine feuchte Mahn hinter sich herziehend — auf den roten Fliesen des Bodens und legte den Schlüssel des Bootshauses mit dem Fernrohr auf das Fensterbrett.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250907-15/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Boykottierung der Arbeitsnachweise.

Dem letzten Wochenbericht des Arbeitsamtes für den Kreis Bitterfeld entnehmen wir folgende Ausführungen, die auch den Arbeitsnachweis umgehen.

„Der Arbeitsmarkt wurde gegen Ende der Berichtswoche belastet mit der Entlassung der im Vorbericht angekündigten Angestellten, Arbeiter und Lehrlinge. Das Arbeitsamt hat sofort die erforderlichen Schritte unternommen, die zur Entlassung Kommenden anderweit unterzubringen. Besondere Schwierigkeiten bestehen für die 36 Lehrlinge. Durch das Entgegenkommen einiger dieser Firmen kann aber schon jetzt mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß eine Anzahl derselben untergebracht werden kann. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade mit der eintretenden Verschlechterung der Arbeitsmarktes einige Betriebe der Großindustrie in erheblichem Maße ohne Inanspruchnahme des Arbeitsamtes Arbeitskräfte einstellen und zum Teil von auswärts heranziehen. In Zeit der Zeit der auf dem Arbeitsmarkt allgemein bestehenden Schwierigkeiten hatten die Werke ohne Ausnahme den Weg zum Arbeitsamt gefunden. Es ist unhaltbar, wenn Arbeiter von auswärts herangezogen werden, die ihre Arbeitsstelle erst aufgeben müssen, wenn im hiesigen Industriegebiete geeignete Arbeitskräfte noch vorhanden sind. Soviel festgestellt werden konnte, stellte die chemische Industrie ohne Inanspruchnahme des Arbeitsamtes in der Berichtswoche 55 ungelernte und 2 gelernte Arbeiter ein, unter Inanspruchnahme des Arbeitsamtes 11 ungelernte und 10 gelernte Arbeiter."

Gesetzlich verpflichtet sind ja die Unternehmer nicht, die Arbeitskräfte von Arbeitsnachweis anzufordern. Es zeugt aber von einem geringen Verständnis für den sozialen Wert der Arbeitsnachweise seitens einiger Arbeitgeber, wenn sie die Einrichtung boykottieren, trotzdem sie schwerwiegende Gründe für dieses Verhalten nicht haben.

Dem Bericht entnehmen wir dann noch folgende Angaben: „Besonders schlecht liegt zurzeit der Arbeitsmarkt für Arbeiterinnen. Es ist nur noch Bedarf in der Landwirtschaft vorhanden. Weder in der Haus- und Gastwirtschaft noch in der chemischen Industrie sind offene Stellen gemeldet. — Unterstützt werden in der Stadt Bitterfeld 28 männliche und 1 weibliche Erwerbslose, zusammen 24, und im Kreise Bitterfeld 10 männliche und 1 weibliche Erwerbslose, insgesamt 11, zusammen also 35 Vollerwerbslose mit 33 Angehörigen. — Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden ist die gleiche wie in der Vorwoche (186); weibliche Arbeitsuchende wurden nach der Streichung beim Arbeitsamt noch 68 gezählt."

Schwerbeschädigentag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw.

Der Kreisverband Liebenwerda des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw. veranstaltet am 20. September d. J. im „Preußischen Hof" in Falkenberg einen großen Schwerbeschädigtentag, der den Zweck verfolgt, die Schwerbeschädigten mit den Rechten und Pflichten vertraut zu machen, die ihnen aus den ergangenen Gesetzen und Verordnungen erwachsen. Der Verwaltungsrat Sernau, der Leiter der Schwerbeschädigtenabteilung bei dem Landesfürsorgeverbande Merseburg, hat für diesen Tag in entgegenkommender Weise das Referat übernommen, welches eine eingehende und erschöpfende Darstellung der gesamten Materie geben soll. Um diese wichtige Tagung des Kreisverbandes einem möglichst großen Kreis von Schwerbeschädigten und an der Arbeitsbeschaffung der Schwerbeschädigten beteiligten und interessierten Personen zugänglich zu machen, sind die Kreisverbände Torgau, Herzberg und Wittenberg eingeladen worden, die Schwerbeschädigten ihrer Kreise auf die Tagung aufmerksam zu machen und ihnen den Besuch dringend zu empfehlen. Mit der Tagung wird eine Ausstellung künstlicher Glieder verschiedener Systeme verbunden sein, die gewiß die Aufmerksamkeit und Beachtung der Teilnehmer finden wird. Gleichzeitig hat ein Vertreter der Orthopädischen Versorgungsstelle Magdeburg sein Erscheinen zugesagt, um die Wünsche und Anregungen der Schwerbeschädigten kennenzulernen.

Der Kreisverband Liebenwerda hofft mit der Veranstaltung dieser Tagung einem dringenden Bedürfnis innerhalb der Reihen der Schwerbeschädigten zu entsprechen. Die Stellung der Schwerbeschädigten im Rahmen der allgemeinen der Kriegsopfer sowie innerhalb der Belegschaft der Betriebe, erfordert von ihnen eine genaue Kenntnis der ihnen zustehenden gesetzlichen Rechte und Pflichten, deren Nichtbeachtung zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen des einzelnen Schwerbeschädigten führen kann. Hieraus folgen die nie verstummenden Klagen und die tiefgehende Verbitterung in den Reihen der Schwerbeschädigten. Es wird die Aufgabe der Konferenz sein, deren Ursachen nachzuprüfen und für ihre weitmöglichste Beseitigung Mittel und Wege aufzuzeigen. Zudem wird die drohende Wirtschaftskrise von den Schwerbeschädigten ganz besondere Aufmerksamkeit und Kenntnis ihrer gesetzlichen Rechte innerhalb der Betriebe fordern, um sie vor unzulässigen Maßnahmen der Betriebsleitungen zu schützen. Es dürfte demnach im eigensten Interesse jedes Schwerbeschädigten liegen, diese Tagung zu besuchen und damit eine selten in dieser Art gebotene Gelegenheit wahrzunehmen, sich eingehend mit der gesamten einschlägigen Materie vertraut zu machen.

Sangerhausen. Ein Reinfall der Hakenkreuzler. Die National„sozialisten" hatten am Donnerstag eine öffentliche Versammlung angesetzt. Der Referent, ein junger Mann von irgendwoher, sollte das Thema „Nationaler oder internationaler Sozialismus" behandeln. Zum Thema selbst wußte er so gut wie nichts zu sagen. Mit ein paar Sätzen erledigte er Karl Marx. Dann folgte ein wüstes Geschimpfe auf Sozialdemokraten und Juden. Das ganze Gerede bestand aus einem geistlosen Durcheinander. Während der Rede wurden wiederholt starke Proteste aus der Versammlung laut. Daraus ersahen die Herrschaften, daß der Boden für sie nicht sehr günstig sei. Deshalb beschränkten sie die Redezeit für die Diskussion auf zehn und nach einem Protest auf fünfzehn Minuten für jede Partei. In der Diskussion sprachen die Genossen Waldmann für das Reichsbanner, Brüll für die SPD. und Herr Bloß für die KPD. Waldmann und Brüll sagten dem nationalsozialistischen Demagogen manch bittere Wahrheit. Starker Beifall belohnte die Ausführungen unserer Redner. Darob große Nervosität am Vorstandstisch. Ueberhaupt war der Vorstandstisch ein Kapitel für sich. Als Vorsitzender thronte ein Hellbänder, dem aber während der Inflation die Felle durchaus nicht weggeschwommen sind. Im Gegenteil sollen sich seine finanziellen Verhältnisse seit Kriegsausbruch außerordentlich gebessert haben. Daneben saß der „Volkserzieher" Lehrer Wald, geschmückt mit einem großen Hakenkreuz! In seinem Schlußwort glaubte der Redner durch persönliche gemeine Angriffe auf den Genossen Brüll die Situation für die Hakenkreuzler retten zu können. Die übergroße Mehrheit der Anwesenden bereitete jedoch durch Anstimmen des Sozialistenmarsches der Versammlungskampagne ein Ende.

Artern. Altweibergeschwätz. Herr Behrens, der Administrator des hiesigen Rittergutes, hat den Nationalismus in Erbpacht genommen. Die heutige Stadtreform mit der Möglichkeit sozialistischer Beamten löst bei ihm die Wirkung aus wie das rote Tuch beim Ochsen. Herr Behrens ist auch Stadtverordneter. Als solcher müßte er einigermaßen über lokale kommunalpolitische Vorgänge informiert sein oder sich hierüber wenigstens zu orientieren versuchen. Das tut er nicht, poltert aber in seiner Art bei jeder in seinen vaterländischen Verbänden sich bietenden Gelegenheit drauflos. Er hat das Läuten gehört, ohne den Standort der Glocken zu kennen. So hat er, wie der „Arterner Anzeiger" in Nr. 208 vom 31. August berichtet, an dem der Denkmalsweihe vorausgegangenen Begrüßungsabend in seiner Festrede es als „geschmacklosigkeit" gebrandmarkt, daß der bei Rauß gelegene Stadtwald vor Jahren hätte einmal verkauft werden sollen. Hiermit hat er natürlich den damals sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit und besonders dem Bürgermeister Genossen Hühnerbein eins auswischen wollen. Festgestellt muß werden, daß dieser Punkt nie einer Stadtverordnetensitzung vorgelegen und nur den Magistrat als solchen beschäftigt hat, wo die bürgerlichen Vertreter in der Mehrheit und mit dem Verkauf einverstanden waren. Allerdings sollte mit der Verkaufssumme das Wasserleitungsnetz erworben werden, welches noch jetzt einem Berliner Unternehmen gehört. Also, Herr Behrens, in Zukunft die Zunge hüten und als „deutscher" Mann kein Altweibergeschwätz treiben.

Grünewalde. Das Kartellfest am Sonnabend und Sonntag nahm einen harmonischen Verlauf. Sämtliche eingeladenen Vereine waren vertreten. Es muß nur erwartet werden, daß die Beteiligung in Zukunft eine stärkere wird. Derartige Veranstaltungen müssen rechtzeitiger und eingehender Vorbereitungen unterliegen. Entsprechende Vorschläge werden in der kommenden gemeinsamen Sitzung aller Arbeitervereine zu machen sein. Die sportlichen Leistungen am Vorabend des Festtages als auch am Festtag selbst waren befriedigend. Es zeigte sich, daß die ältere Riege des Turnvereins Anerkennenswertes zu leisten vermag. Die Fußballspieler, insonderheit die erste Mannschaft, zeigten wieder, daß sie mit ihrem Spiel auf der Höhe sind. Auch die Radler fanden mit ihrem Reigenfahren viel Beifall. Wenn noch mehr Innigkeit in der Zusammenarbeit erreicht wird, können in kommenden Jahren gute Arbeiter-Sportfeste gefeiert werden.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 7. September 1925.

Eine gewerkschaftliche Bildungsstätte.

Mit dem 1. September ist das Hotel Kurhaus in Dürrenberg in den Besitz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes übergegangen, der es als Bildungsstätte für seine Funktionäre einrichten will. Von verschiedenen Seiten wurde alles möglichst versucht, um den Kauf rückgängig zu machen und das Kurhaus zu erhalten, nicht aus Interesse am Kurhaus, nein, den Spießer überlief es eiskalt, weil es eine Arbeiterorganisation ist, die in Zukunft ihr Domizil darin aufschlagen wird. Es hat alles nichts genützt, die schwarzweißrote Fahne, die am letzten Schützenfest acht Tage herausging, wird in Zukunft nicht mehr zu sehen sein. Auch die Farben werden in Kürze stolz von den Zinnen und Türmen des Kurhauses leuchten, als Wahrzeichen des Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse. Die Dürrenberger Sozialdemokraten und Gewerkschafter rufen den zur Erholung und Bildung nach Dürrenberg kommenden Genossen ein herzliches „Willkommen!" zu.

* **Dürerausstellung im Schloßgartenfalon.** Es sind 700 Reproduktionen von Werken Dürers ausgestellt, eine ziemliche Reichhaltigkeit, vor allem von den hauptsächlichsten Werken des Meisters. Auch finden ständige Führungen statt, so daß auch den weniger Kunstbeflissenen die Ausstellung verständlich gemacht wird.

Leuna. Unter falscher Flagge. Da die offiziellen Veranstaltungen der KPD. immer unter „riesigem" Andrang leiden, wird jetzt von den Moskowitern ein anderer Trick versucht, indem der Konsumverein als Aushängeschild benutzt wird. Man arrangiert eine Konsumverlammlung, in der Koenen als Konsum-Genossenschafter ein neutrales Referat hält und hinterher legt man ein „zufällig" anwesender Genosse" aus der Merseburgerstraße seine Leimruten, wobei in der üblichen Weise nur die SPD. „behandelt" wird. Der Trick, der vor kurzem in Kötschau angewandt wurde, wo der be—kannte Grabow „zufällig" dann anwesend war, soll am Dienstagabend im Gasthof Tänzer in Alt-Rössen wiederholt werden. — Genossen, laßt Euch dort nicht einseifen und kriecht nicht auf die Moskauer Leimruten! Leuchtet dem „Zufälligen" gehörig heim, wenn er den Konsumverein für seine Moskauer Parolen mißbrauchen will. Denn dadurch geht die Genossenschaft nur rückwärts, aber nie vorwärts. Das treffendste Beispiel dafür sind die von Moskau auch so zerwürbten Gewerkschaften.

Lauchstädt. Freitod. Eine hiesige Witwe hat ihrem Leben durch Erhängen am Betriebsteil freiwillig ein Ziel gesetzt. Man nimmt mit Bestimmtheit an, daß sie die Tat in geistiger Umnachtung begangen hat.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 7. September 1925.

Das reaktionäre Ballett beginnt den Tanz.

Eine durchaus nicht geringe Sorge hat die heimischen Rechtsradikalen erfaßt darüber, ob etwa an dem für die Gestaltung der innenpolitischen Lage in Preußen entscheidenden 25. Oktober auch noch Preußenwahlen bevorstehen. Und auch das heimische deutschnationale Gewissen bubbert gewaltig in tausend Aengsten und in der noch zweifelhaften Hoffnung, daß wenigstens dieser Kelch vorübergehen möge. Schon einmal hat die völkische Presse, die auf dem Gebiete der Verunglimpfung der Republik sich täglich in wilden Rekordleistungen überschlägt, ziemlich heuslich die zitternde Angst darüber offenbart.

Mit besonderer Forsche aber widmet sich diese für die breiten Massen unseres Volkes geradezu unglückselige Presse den kommenden Provinzallandtags- und Kreistagswahlen. Als unerträglichen Schmerz haben die Mansfelder Großagrarier die ihnen seit Jahren verhaßte politische Zusammensetzung der Kreistage empfunden. Mehr als einmal haben sie versucht, insbesondere im letzten Kreistag, von dieser parlamentarischen Plattform aus Vorarbeit für die kommenden Wahlen zu leisten. Ihre ganze Machtentfaltung im Wahlkampf wird darauf hinauslaufen, die Wählermassen abzulenken von den täglichen schweren wirtschaftlichen Sorgen, und sie werden in der bekannten Absicht und mit reichlich viel politischem Seifenschaum und undurchdringlichem Nebel ihre bekannte Hintertreppenpolitik entfalten. Worauf sie hinauszielen, beweist ihr erster Wahlaufruf, mit dem sie glauben, eine zugkräftige Parole gegeben zu haben. Was aber in den letzten Wahlkämpfen diesen herrlichen gottbegnadeten Politikern gelungen ist, dürfte ihnen unter den heredigeführten „Segnungen" diesmal nicht gelingen. Die Anstrengungen ihrer ausgehaltenen Garde werden nur von sehr beschränkten Ergebnissen sein, und die durch ihre maßlose und die Lebenslage verteuernde Zollpolitik und ihre Feindseligkeit gegen alle fortschrittlichen Bestrebungen aufgeriittete Arbeiterschaft wird ihnen diesmal am 25. Oktober eine Morgengabe entbieten, die den Herrschaften vielleicht doch zu denken gibt.

Der bei unseren heimischen Rechtsradikalen entwickelte sogenannte „vaterländische" Begriff hat selbst in den eigenen Reihen nachgerade eine Stimmung erzeugt, die alles andere denn Sympathie bedeutet. Immer und immer wieder bezeichnen sie sich als die rechten Deutschen, und die andern, die sich als vaterlandslose Gesellen brandmarken lassen müssen, möchten sie am liebsten in Stücke schlagen. Von einer unglaublichen Arroganz befallen, lümmeln sie durch die Lande, und wenn es einmal wirklich auf den Ernstfall ankommen würde, werden die meisten davon doch wieder den bekannten Hinweis auf „unabkömmlich" in der Tasche tragen. Das ist die Garnitur, die wieder herrschen möchte und der auch manche Klassengenossen leider in unseliger Verkennung der Sachlage noch nachlaufen. Diese Verblendeten, den heute die alcedebandschuhte Rechte als „kameradschaftlicher" Händedruck gilt, würden zu spät, wenn ihnen Reitstiefel und Reitgerte im Genick sitzt, erkennen, daß diesen Herrschaften bei Gott und bei allen Teufeln nicht die Allgemeinheit, sondern nur die Vorrechte der eigenen Klasse am Herzen liegt. Zwischen jenen und den großen Massen der Arbeiterschaft muß die Scheidelinie gezogen werden im Interesse aller, auch derjenigen, die da glauben, als Arbeiter drüben noch ihr Heil suchen zu müssen.

Großjärmer. Herr, stehe dein Volk an! Im Laufe der letzten Zeit sind wir durch den Stahlhelm schon an manche Geschmacklosigkeit gewöhnt. Was aber kürzlich hier geschah, setzt allem die Krone auf. Als Hochzeitsruß wurde einem dieser Herren das Hakenkreuzlied vorgebrüllt. Die vorangegangene Feier paßte mit diesem Gebrüll tatsächlich zusammen. Na, was kann man mehr verlangen.

Gewerkschaftliches.

Das Versteckspiel der Eisenbahnverwaltung.

Die Verhandlungen zwischen den Organisationen der Reichsbahnbeamten und dem Hauptverwaltungsrat, die am Freitag ergebnislos verliefen, haben den vollen Beweis dafür erbracht, daß zur Abwürgung der Lohnbewegung, nicht nur des Eisenbahnpersonals, sondern der Arbeitnehmer überhaupt, zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft ein vorbereitetes Spiel getrieben wird. Die Vertreter der Beamtenschaft wiesen auf die Notlage der niederen und mittleren Beamtengruppen hin und betonten, daß für die unsichere Finanzlage der Reichsbahn doch nicht ewig das Eisenbahnpersonal büßen könne. Auf der einen Seite wachse die Reparationslast der Reichsbahn, auf der anderen die Abwanderung des Verkehrs zum Auto und zum Schiff — das bedeute eine ständig steigende Unsicherheit in den Einkommensverhältnissen der Reichsbahn. Dazu komme das Versteckspiel zwischen Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft bei allen Lohn- und Besoldungsbewegungen. Bald erkläre das Reichsfinanzministerium, es dürfe nicht zahlen, weil die Reichsbahn nicht könne, bald mache sich die Reichsbahngesellschaft diese faule Ausrede zu eigen. Die Reichsbahnbeamten müssten deshalb darauf bestehen, daß von der Hauptverwaltung endlich einmal klarer Wein eingeschenkt wird.

Demgegenüber erklärte der stellvertretende Generaldirektor Dorpmüller, die Reichsbahn sei nicht in der Lage, eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter vorzunehmen. Der Hauptverwaltung seien die Hände gebunden und die Reichsregierung sei im Interesse ihrer Preisabbauaktion überhaupt gegen jede Lohnerhöhung. Außerdem sei der Reichsbahn bereits durch die an verschiedenen Orten inzwischen vorgenommenen Aufbesserungen eine Mehrausgabe von 20 Millionen Mark entstanden. Die Vertreter der Organisationen richteten nunmehr an den stellvertretenden Generaldirektor die Frage, ob nach der Auffassung der Hauptverwaltung jetzt oder in absehbarer Zeit überhaupt eine Gehaltserhöhung in Betracht komme. Die Antwort Dorpmüllers lautete: Keine Lohnerhöhung ohne Tariferhöhung; eine Tariferhöhung sei aber vom Reichskanzler Luther, mit dem er gesprochen habe, direkt untersagt worden. Die Beamtenvertreter fragten nun, ob eine Gehaltserhöhung dann in Betracht komme, wenn eines Tages festgestellt werde, daß die Preisabbauaktion keinen Erfolg hatte? Hierauf gab Dorpmüller abermals eine ausweichende Antwort; er versteckte sich wieder hinter der angeblich zu schlechten Finanzlage der Reichsbahn.

Diesem Zusammenspiel zwischen Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft, das nicht erst seit der Preisabbauaktion gespielt wird, muß ein Ende gemacht werden, wenn nicht das Eisenbahnpersonal, Arbeiter wie Beamte, dauernd als Lohndrücker gegenüber der Arbeitnehmerschaft mißbraucht werden soll. Die Beamtenorganisationen, die am kommenden Dienstag zusammentreten, um zu der Lage in der Besoldungsbewegung Stellung zu nehmen, müssen zusammen mit den Organisationen der Eisenbahnarbeiter gegenüber Reichsregierung und Reichsbahn einmal ein sehr deutliches Wort sprechen.

Große Kundgebung der Breslauer Arbeiterschaft.

Aus Breslau wird uns berichtet: Zum Abschluß des Gewerkschaftskongresses veranstalteten die freien Gewerkschaften Breslaus am Freitagabend einen Fackelzug durch die Stadt zur Jahrhunderthalle. Etwa 25 000 Teilnehmer hatten sich zusammengefunden, die, nach Gewerkschaften getrennt, unter Vorantritt ihrer Jugendlichen und weiblichen Mitglieder, mit zahlreichen Musikkapellen, Plakaten und roten Fahnen einen gewaltigen Demonstrationszug bildeten. Als Fackelträger säumten die Mitglieder des Arbeitersportkartells in Sportkleidung den Zug ein. Riesig war auch die Teilnahme der Bevölkerung. Die Zuschauermenge in den Straßen wurde auf weit über 100 000 geschätzt.

Nach zweistündigem Aufmarsch gruppierten sich die Teilnehmer des Zuges um die große Kreisanlage bei der Jahrhunderthalle, wo Genosse Egger vom Bundesvorstand den Dank des Kongresses an die Breslauer Arbeiterschaft aussprach und der Freude Ausdruck gab über den guten Stand der Breslauer Arbeiterbewegung, wie er in diesen Tagen sich gezeigt hatte. Der Redner schloß nach einem hoffnungsvollen Ausblick auf die Breslauer Beschlüsse für die Arbeiterbewegung Deutschlands mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf die Breslauer, die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung. Massenpyramiden der Sportler, Vorträge der vereinigten Breslauer Arbeitersänger und ein Feuerwerk beendigten die eindrucksvolle Kundgebung.

Zum Streik bei der Firma Albert Mohr.

Von der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes wird uns über den Streik der Montageschlosser bei der Firma Albert Mohr, Bäckereimaschinenfabrik, folgendes berichtet:

Schon Mitte August versuchte die Betriebsleitung den Montageschlossern Akkordreduzierungen in Höhe von 70 Minuten aufzuoktroyieren. Die Kollegen ließen sich dies nicht gefallen und wollten sofort aufhören. Der Organisationsvertreter des DMV. verhandelte darauf mit der Betriebsleitung und wurde infolgedessen verreinbart, daß die alten Akkordsätze noch 14 Tage weitergezahlt werden sollten, da wahrscheinlich bis zu diesem Zeitpunkt technische Verbesserungen sich ausgewirkt hätten. Aber schon Ende August wurde den Kollegen mitgeteilt, daß die Abzüge ab 1. September in Kraft treten würden, trotzdem von den technischen Verbesserungen noch nichts zu merken war, die fast so gut wie gar nicht eingeführt waren. Die Kollegen traten daraufhin am 1. September mittags geschlossen in den Streik. Die Firma versuchte jetzt nochmals mit den Streikenden zu einer Einigung zu kommen. Die Verhandlung ergab, daß die Betriebsleitung die Erklärung abgab, daß die Abzüge vorläufig nicht in Kraft treten würden. Bei einer anderen Arbeit, welche den Kollegen bisher mit 1½ bis 2 Stunden verzeitet wurde, wollte die Firma nur noch 50 Minuten zahlen. Auf Grund dieses absolut ungenügenden Entgegenkommens der Firma wird der Kampf weitergeführt.

Sollte die Firma versuchen, Streikbrecher einzustellen, so sind die übrigen Kollegen des Betriebes gewillt, den kämpfenden Kollegen gegenüber Solidarität zu üben und ebenfalls die Arbeit niederzulegen.

Wir möchten daher die gesamte Metallarbeiterschaft bitten, auch ihrerseits strengste Solidarität zu üben und Sorge zu tragen, daß die Firma mit Streikbrechern verschont bleibt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Halle.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, den 8. September.

4.30 bis 6 Uhr nachmittags: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben. 7 bis 7.30 Uhr: Postinspektor Stockhausen-Grimma: „Das sächsische Postwesen unter den sächsischen Kurfürsten." 7.30 bis 8 Uhr: Dr. Hugo Grothe: „Grundlinien zur deutschen Volkskunde." 8.15 Uhr abends: Symphoniekonzert. 1. Beethoven: Leonoren-Ouvertüre Nr. 1 (op. 138). 2. Schumann: Konzert für Violoncell (A-Moll) (op. 129). 3. Tschaikowsky: Symphonie Nr. 4 (op. 36), F-Moll. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr abends: Funkrettl.

Wetter-Voraussage

Dienstag: Abwechselnd heiter und wolkig, nachts sehr kühl, westlich der Elbe meist trocken und am Tage etwas wärmer, östlich der Elbe noch mäßige Tagestwärme und strichweise etwas Regen.

Mittwoch: Ziemlich heiter, trocken, nachts sehr kühl, am Tage weitere Erwärmung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250907-15/fragment/page=0007

Sport und Spiel

Sport vom Sonntag.

2. Kreis, 6. Bezirk, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Mitteldeutsche Spielvereinigung.

Serienspielergebnisse vom 6. September.

Minerva I—Askania I 3:1 (Protest).

Gesellschaftsspielergebnisse vom 6. September.

Fortuna I—Sportlust I 5:0 (5:0).
Kröllwitz I—Viktoria I 7:1.
Sportlust II—Lettin II 3:1 (2:0).
Sportlust III—Fortuna III 0:8 (0:4).
Sportlust-Jugend—Giebichenstein-Jugend 0:0 (0:0).
Askania II—Fortuna II 0:0 (0:0).
Askania-Jugend—Ammendorf-Jugend 6:0.
Minerva-Jugend—Dessau-Jugend 3:1.
Fichte I—Weimar I 2:1 (1:0).
Fichte II—Weimar II 6:6.
Weimar-Jugend nicht angetreten.

Sportverein I (Kröllwitz) — Viktoria I 7:1 (4:0).

Eine ziemlich derbe Niederlage mußte Viktoria am gestrigen Tage von den in guter Form befindlichen Kröllwitzern hinnehmen. Siebenmal rollte der Ball in das gegnerische Tor, während Viktoria nur durch einen Elfmeterball das Ehrentor erzielen konnte. Fast die ganze zweite Halbzeit spielte Kröllwitz ohne den Mittelstürmer, welcher infolge einer alten Verletzung das Spielfeld verlassen mußte. Vom Anstoß an entwickelte sich sofort ein flotter Kampf, den Kröllwitz, trotzdem Viktoria mit Wind und Sonne spielte, in des Gegners Hälfte verlegen konnte. In gleichen Abständen fielen die Tore in der ersten Halbzeit. Nach der Halbzeit wurde der Kampf etwas hart, doch der gute Schiedsrichter H. Koch (Sportlust) griff energisch durch und ahndete die Regelverstöße mit Hinausstellen. Zwei Spieler von Viktoria und einer von Kröllwitz mußten sich das Spiel von außen ansehen. Beide Mannschaften, mit 9 Mann spielend, zeigten immer noch gute Leistungen. Die Angriffe der Kröllwitzer brachten noch drei weitere Tore ein, während die Platzbesitzer nur durch Elfmeter das Ehrentor traten. Eine wirklich verdiente Niederlage mußten die Platzbesitzer hinnehmen.

Sportverein II (Kröllwitz) — Viktoria II 3:2 (1:1).

In diesem Spiel mußten die Platzbesitzer auch eine Niederlage hinnehmen. Wenn auch nicht so hoch, wie die erste Elf, aber sie mußten sich dem besseren Können der Gäste beugen, welche die zweite Halbzeit, nur mit 10 Mann spielend, den Sieg an ihre Farben knüpften. Viktoria spielte mit Wind und konnte bis Halbzeit ein Tor vorlegen. Doch es dauerte nicht lange, so schaffte der Halbrechte den Ausgleich. Unentschieden wurden die Seiten gewechselt. Die Kröllwitzer traten noch zwei schöne Tore, während Viktoria nur eins buchen konnte. Das Wort Schiedsrichter bedeutete hier Ehrensache, denn es war ein Vereinsmitglied von Viktoria. Die letzten 22 Minuten leitete ein anderer Schiedsrichter (Biering-Viktoria), welcher das Spiel in seinen Händen hatte.

Sportverein III (Kröllwitz) — Viktoria III 2:2 (2:0).

Kröllwitz hatte Anstoß und spielte mit dem Wind im Rücken. In gleichen Abständen fielen bis Halbzeit die zwei Tore. Sie waren für den Torwächter unhaltbar. Ein Elfmeter wurde absichtlich von Kröllwitz verschossen. Nach dem Wechsel drückte Viktoria etwas und konnte bis zum Schluß des Spieles das Resultat auf 2:2 stellen. Beide Mannschaften waren sich im Spiel fast gleichwertig. Bei Kröllwitz hatte die Hintermannschaft mehr Arbeit, da die Elf nur mit zehn Mann spielte.

Sportlust I—Fortuna I 0:5 (0:5), Gera 0:7.

Um 4.20 Uhr pfiff der Unparteiische das Spiel an. Sportlust hatte Anstoß gegen Wind und kam bis zur Verteidigung. Nach längerem Mittelfeldspiel trat der Halbrechte für Fortuna in der 6. Minute das erste Tor. Nach längerem Hin und Her holte der Halblinke von Fortuna in der 17. Minute das zweite Tor. In der 21. Minute erhöhte der Mittelstürmer durch Kopfball das Resultat auf 3 Tore. Fortuna drängte den Gegner vollständig in seine Spielhälfte, nur einige Durchbrüche von Sportlust brachten das Fortuna-Tor des öfteren in Gefahr. In der 30. Minute fiel durch Halbrechts das vierte Tor für Fortuna. Ein recht unsportliches Benehmen legte der Torwächter von Sportlust an den Tag, da er ohne Grund und ohne Abmeldung beim Schiedsrichter das Spielfeld verließ. In der 40. Minute stellte der Rechtsaußen das Resultat auf 5:0. Gleich darauf Halbzeit. Nach dem Wechsel lieferte Fortuna ein lustloses Spiel, da der Gegner der Mannschaft in keiner Weise gewachsen war. Sportlust kam auch jetzt nur durch einige Durchbrüche aus ihrer Spielhälfte. 20 Minuten vor Schluß pfiff der Schiedsrichter wegen des Verhaltens der Zuschauer vorzeitig Sportlusts das Spiel ab. Beide Mannschaften bestanden jedoch auf Weiterführung des Spieles, worauf der Schiedsrichter das Spiel zu Ende führen ließ. Dem Schiedsrichter ist zu empfehlen, sich nicht auf Diskussionen mit den Zuschauern einzulassen.

Askania II—Fortuna II 0:0 (0:0).

Beide Mannschaften waren sich gleichwertig, wie das Resultat beweist.

Sportlust III — Fortuna III 0:8 (0:3).

Fortuna in neuer Aufstellung war dem Gegner in der ganzen Spielzeit überlegen.

Vollsitzung:

Ich mache nochmals auf die am 7. September stattfindende Vollsitzung aufmerksam. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, muß restloses Erscheinen erwartet werden. Tagesordnung: 1. Anwesenheitsliste; 2. Protokoll; 3. Bericht des Bezirksleiters; 4. Einsprüche und Anträge: a) Einspruch Zörbig wegen Absprechung der Punkte gegen Minerva und Viktoria; b) Einspruch Reinsdorf wegen Bestrafung von 10 Mk. beim Bezirksleiter; c) Antrag Bruckdorf: Bei öffentlichen Mahnungen seitens des Bezirksstandes in den Tagespressen, welche nicht den Tatsachen entsprechen, hat der Bezirksvorstand eine Berichtigung erscheinen zu lassen; d) Antrag Mutterlose und Genossen auf Genehmigung, einer kombinierten Mannschaft gegen die russische National-Mannschaft spielen zu lassen; e) Antrag Giebichenstein auf Erlassung der 10 Mk. Strafe wegen Spielabbruch im Spiel Giebichenstein I — Gröbers I; f) Antrag Giebichenstein alle Spiele der nächsten Runde gegen Gröbers in der Terminliste zu streichen. 5. Verschiedenes. Abänderung der Tagesordnung vorbehalten.

Hermann Hartleb, 1. Bezirksfußballwart.

Handball.

Sportler.

Othello-Jugend—Dessau-Jugend 8:0.
Othello I—Minerva I 3:1.
Schwimmer I—Ammendorf I 7:1 (3:1).
Sportlust I—Rietleben I 2:2 (1:1).

Damen.

Minerva—Sportlust 2:0.
Giebichenstein—Achilles 2:0.

Achtung! Vereine und Schiedsrichter!

Am Donnerstag, dem 10. September 1925, abends ½8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Blume", Torstraße, eine Schiedsrichter-Vollsitzung statt. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Diejenigen Sportgenossen, welche noch keine Schiedsrichterkarte haben, können selbige dort bekommen, Paßbild ist mitzubringen. Die Vereine sind laut Satzung verpflichtet, für jede zweite Mannschaft 2, für jede weitere 1 Schiedsrichter zu entsenden. Vereine, die ihren Verpflichtung nicht nachkommen, können eventuell von den Serienspielen ausgeschlossen werden. Wegen unentschuldigten Fehlens in den Sitzungen werden folgende Sportgenossen bestraft: Paul May, Schwimmer, 1 Mk.; Willi Schönherr, Ammendorf, 1 Mk.; Otto Wagner, Ammendorf, 50 Pfg.; Hans Jänicke, Schwimmer, 50 Pfg. und Alfred Spiller, Schwimmer, 50 Pfg. Nicht bezahlen bis zur nächsten Sitzung hat Disqualifizieren von Spielen zur Folge.

Die Naturfreundebewegung, ein Weg zur Freude.

In mühevollen, verlustreichen Kämpfen hat sich die Arbeiterklasse in unerschütterlicher Willenskraft zu ihrer heutigen Stellung emporgerungen. Sie schuf sich verschiedene Organisationsformen, um auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und erzieherischen Kampfes gerüstet zu sein. Die Anspannung aller Kräfte in dem Sinne erfordert aber auch dann die Möglichkeit, in gesunder Entspannung neue Stärkung des Geistes und Körpers zu gewinnen.

Und da beginnt die Aufgabe des in der ganzen Welt verbreiteten Touristenvereins „Die Naturfreunde". Die Mußezeit des arbeitenden Menschen am Sonntag soll nicht mehr in unwürdiger Weise beim Wirtshaustisch verbracht werden, die Urlaubszeit soll nicht eindruckslos verstreichen, nur ein Ausruhen der Glieder bedeuten. Draußen in immerwährender Berührung mit der Natur sollen neue Kräfte gewonnen werden.

Aber auch das bedarf eigener Arbeit; muß in stetem freudigem Bemühen erlernt werden, damit Körper und Geist harmonisch gebildet ganz teilhaftig werden der segensreichen Einflüsse.

Ueber die Erlangung der naturwissenschaftlichen Grundbegriffe führt der Weg zum Studium an der Natur selbst. Also geschult wird das Wandern erst zur vollen Freude führen.

Die Tätigkeit der Naturfreunde will daher Kenntnisse über die Natur verbreiten, will die Arbeitsmenschen anregen. Selbststudium und Naturwissenschaften zu treiben, um Einblick zu gewinnen in den Wunderbau der Natur und die Gesetze ihrer Erscheinungen. Aber nicht trockenes Büchterwissen genügt da, nur Mittel zum Zweck soll es sein. Denn die Natur selbst muß als Lehrerin zu allen sprechen.

Da aber dieses Lernen mit dem Genusse des Schauens und Hörens von erhabenen, erschütternden und lieblichen Vorgängen und Bildern verbunden ist, wird eine Quelle reinen, würdigen Genusses erschlossen.

Der freie Mensch in die freie Natur! Frei von der Häßlichkeit des Alltags wenigstens auf einige Stunden. Aber der Zauber der genossenen Stunden in der Natur ist so stark, daß der Naturfreund Schönheit und Kräftigung mit sich nimmt und viel leichter die Zeit des täglichen Maschinendaseins trägt.

Der freie Tag des Proletariers gehört in die Natur, gleich ob Kind, Frau, ob Mann, ob jung oder alt, für alle steht der erlabende Garten der Natur offen, allen ist eine Wunderblume der Freude erblüht.

Darum werden die Naturfreunde immer und immer bemüht sein, neue Kameraden ihrer Freude zu gewinnen, um in das graue Leben aller Sonne und frisches Grün zu bringen. Z. A.

Das Jahresfest der hallischen Naturfreunde.

Vor 17 Jahren, im Jahre 1908, wurde die hiesige Ortsgruppe der Naturfreunde gegründet. Unter dem Namen Giebichensteiner Touren-Klub hatten sich schon 1906 Arbeiter zum gemeinsamen Wandern zusammengefunden. Einige Jahre später folgte dann der Anschluß an den schon 1895 gegründeten internationalen Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Erst nach Kriegsschluß ist die hallische Ortsgruppe zu einem beachtenswerten Faktor in der hallischen Arbeiterschaft geworden. In den Jahren vorher fand die Wanderbewegung wenig Anklang bei den Arbeitern. Die Wandergenossen wurden verlacht und angeödet, ja in früheren Jahren trugen die Genossen ihre Rucksäcke im Paket zur Stadt hinaus und wenn man außer Stadtweite war, wagte man den Rucksack auszupacken. So war es früher, heute erkennen die Arbeiter immer mehr und mehr, daß man sich Allgemeinwissen nicht in der Kneipe beim Skat erwirbt, sondern draußen in der Natur durch Wandern und durch Reisen. In anderen Städten zählen die Naturfreunde viele tausende Mitglieder, nur in Halle vermißt man oft die Unterstützung unserer Bestrebungen durch Gewerschafts- oder Parteiführer. Im Gegenteil schrieb z. B. erst letzthin der „Klassenkampf" von unserer Bewegung als einer „reaktionären Kulturbewegung". Aber trotzdem geht es auch in Halle vorwärts.

Das Jahresfest wurde eingeleitet mit einer Abendfeier im Reform-Realgymnasium am Sonnabendabend. Leider zeigte die Veranstaltung nicht, was die Naturfreunde sind und was sie wollen. Mit fremden Kräften wurde der Abend veranstaltet. Es wird Zeit, daß die Naturfreunde sich wieder auf sich selbst besinnen und mit den ganzen eigenen Kräften wirklich proletarische Veranstaltungen schaffen. Die guten Vorträge des Naturfreunde-Quartetts waren die einzigen proletarischen Darbietungen des Abends. Ilse-Berend-Gera rezitierte und erzählte in ihrer meisterhaften Art und Weise, wenn auch manchmal etwas zu leise und mit zuviel schauspielerischen Gebärden, die ihre guten Vorträge beeinträchtigten. Allgemein wurde die Gesellschaftstoilette der Vortragenden als ein Widerspruch zum Geiste der Veranstaltung empfunden. Seidene Kleider mögen im Konzertsaal getragen werden; bei einem proletarischen Naturfreunde-Abend wirken sie deplaziert und wecken bei den Proleten sehr gemischte Gefühle. Was hat sich Ilse-Berend-Gera dabei gedacht? Ein Operngänger sang deutsche und russische Lieder. Auch hier kein voller Erfolg. Einige Vorträge der Dame am Flügel wären uns lieber gewesen. Mit einem frischen Wanderlied endete der Abend. Alles in allem: Die Naturfreunde dürfen sich in Zukunft nichts mehr vormachen lassen selber etwas schaffen, das hat schon immer bei Mitgliedern und Gästen am besten gefallen.

Sonntag früh waren zu Fuß, Wasser und Rad die sportlustigen Naturfreunde zum Kirschberg nach Wörmlitz hinausgeeilt. Waren auch hier nicht etwa Rekorde zu Stande gebracht werden, daß die gebotenen Leistungen als gut zu bezeichnen sind. Das Wetter war am Vormittag sehr kalt und regnerisch und es wurde beschlossen, die Nachmittags-Veranstaltung in Halle in der Jugendherberge stattfinden zu lassen. Wider Erwarten wurde aber am Nachmittag das Wetter noch schön. Ein Teil der Naturfreunde war nun draußen am Kirschberg, der andere in der Jugendherberge, so war an beiden Treffpunkten nicht die richtige Stimmung. Erst gegen Abend füllte sich der Saal der Jugendherberge und hier war der Frohsinn zu Gast und das Jahresfest endete so noch zu aller Zufriedenheit.

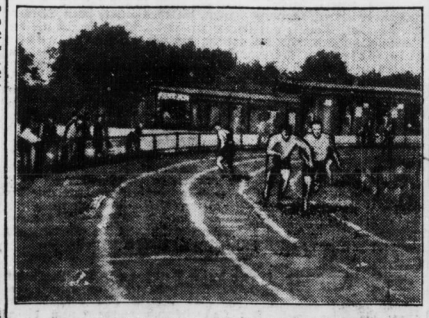
Ein allgemeines Treffen der Ortsgruppe am Sonntag auf dem Petersberg soll nachholen, was auf dem Kirschberg bei Wörmlitz versäumt worden ist.

Mehr als 100 „Naturfreunde"-Häuser sind in den Nachkriegsjahren von den „Naturfreunden" unter den größten finanziellen Schwierigkeiten neugebaut und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt worden.

2. Kreis, 6. Bezirk, 5. Gruppe.

Sonntag, den 13. September, mittags 1 Uhr, findet auf dem „Roten Haus" bei Neblitz eine außerordentliche Gruppenversammlung statt. Eine Stunde vorher ist Vorstandssitzung. Alle Funktionäre des geschäftlichen und technischen Ausschusses haben hierzu zu erscheinen. Die Tagesordnung lautet: 1. Aussprache über die Ereignisse zum Gruppenturnen in Brachstedt. 2. Gruppen- und Organisationsangelegenheiten. 3. Allgemeines. Es wird erwartet, daß alle Vereine restlos vertreten sind, besonders die aktiven Sportler und Vorstandsmitglieder müssen erscheinen. Jeder Bundesgenosse, der es ernst meint mit unserer Bewegung, muß es sich an diesem Tage zur Pflicht machen, zu erscheinen. Im übrigen ermahne ich alle retierenden Vereine, die Gelder umgehend einzuschicken, andernfalls wir gezwungen sind, in der Versammlung über diejenigen Vereine zu entscheiden.

Karl Schöne, Gruppenvorsitzender, Teicha Nr. 35.



Stadtwechsel bei der 4×100-Meter-Staffette (Sportler) im Stadion Halle beim Werbesportfest am 30. August 1925.

Auswärtige Sportnachrichten.

Die deutschen Polizeimeisterschaften.

Drei Tage waren erforderlich, um die ersten deutschen Polizeimannschaften in den verschiedenen Arten der Leibesübungen unter Dach und Fach zu bringen. Die Ergebnisse: 10-Kilometer-Gelände-Lauf: 1. Dreckmann-Pol. Hamburg, 34:44,8. Radfahren Spandau—Pausin: 1. Baumann-Leipzig in 1:05:14. Dreimal 1000 Meter: 1. Berlin. — Hochsprung: 1. Skorzienski-Berlin, 1,33. — Speer: 1. Pankritz-Eberfeld, 50,95. — 400 Meter: 1. Kamann-Berlin, 52,4. — 100 Meter: 1. Lammers-Oldenburg, 11,2. — Weitsprung: 1. Throlf-Berlin, 6,85. — 110 Meter Hürden: 1. Kuralus-Brandenburg, 16,8. — 1500 Meter: 1. Havekost-Bremen, 4:18,7. — Viermal 100 Meter: 1. Berlin, 44,7. — 5000 Meter: 1. Gerull-Duisburg, 16:24. — Viermal 400 Meter: 1. Berlin, 3:55. — Kugelstoßen, beharmig: 1. Hänchen-Berlin, 12,70. — Kugel, beidarmig: 1. Hänchen, Berlin, 23,06. — Polizei-Fünfkampf: 1. Wöttner-Magdeburg, 222⅔ Punkte. — Turnerischer Zwölfkampf: 1. Werland-Köln, 201 Punkte. — Turnerischer Siebenkampf: 1. Ficker-Gera, 112 Punkte.

Die Internationale der Fascisten.

Während eines Fußballwettspiels Brüssel — Deutschland, das von sozialistischen Arbeitersportlern ausgeführt wurde, kam es zu einem Zwischenfall, der durch Fascisten heraufbeschworen wurde. Diesen wurde von der Menge übel mitgespielt, so daß sie mit mehreren Verletzten abziehen mußten.

Das belgische Arbeitersportblatt stellt sein Erscheinen ein.

Das bisher in Brüssel erschienene Arbeitersportblatt „Travail et Sport" mußte aus finanziellen Gründen sein Erscheinen einstellen. Die Herausgeber, das Zentralkomitee der belgischen Arbeiterjugend, hoffen aber, daß dieses Eingehen nur vorübergehend ist. jak.

Vereinsmitteilungen.

Ballspielklub Giebichenstein beging gestern sein Vereins-Sportfest. Trotz des stürmischen Wetters wurden folgende Resultate gezeigt: **Dreikampf für Sportler:** 1. Franz Dönitz 364½, 2. Paul Kurth 305, 3. Paul Friedrich 228½ Punkte. **Dreikampf für Jugend:** 1. Hans Gehler 354, 2. Fritz Bergt 306, 3. Hugo Friedrich 125 Punkte. **Dreikampf für Sportlerinnen:** 1. Milcze Bedlner 99, 2. Gertrud Stolze 96½, 3. Erna Geßner 62½. **1500-Meter-Lauf:** 1. Paul Kurth 5,14⅔-Min.

HFC. Minerva 09, Halle. Mittwoch: Versammlung der Handball-Abteilung. Erscheinen ist Pflicht. — Der HFC. Minerva hat die Absicht, Handball-Schüler-Mannschaften ins Leben zu rufen. Diejenigen Schüler, welche Lust und Liebe zum Handballspiel haben, wollen sich am Mittwoch um 6 Uhr abends bei Weinrich melden. Am Mittwoch, 8 Uhr abends, ist bei Weinrich Spiel-Ausschuß- und Mannschaftssitzung. Alles hat zu erscheinen.

Sportgeräte — Sportbekleidung
liefert auf bequeme Ratenzahlung 6026
Paul Sommer, Halle a. S., Leipziger Straße 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192509 07-15/fragment/page=0008